

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drahtanschrift: Gepolienf

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. April 1932.

Int. Institut
Soz. Geschlechts
Amsterdam

Verräter!

Preussen, Russland und die KPD.

SPD. Als im August 1914 die ersten Menschentransporte - "8 Pferde oder 42 Mann" - an die Grenzen rollten, da sassen die Heimkrieger in den Schreibsesseln und dichteten, und ihre ahnungslosen Gymnasiasten und Wiederkäufer schrieben an die Lattenzäune: "Russland muss badisch werden!" Heute haben die Goebbels und ihre verhetzten jugendlichen Anhänger einen neuen Schlachtruf: "Preussen muss wieder preussisch werden!"

So wenig der verhinderte Weltkrieger Goebbels und seine Statisten im Jahre 1914 eine Ahnung hatten von der buchstäblich blutigen Ironie ihrer Phrasen, so wenig vermögen sie die Gedankenarmut ihres heutigen Schlagwortes zu ermessen. Bei den im Chor und lediglich in umgekehrter Tonleiter mitbrüllenden Kommunisten sind nur die Worte etwas verstellt. "Preussen muss russisch werden" - und die ideologische Einheit des kommunistischen Kampfes gegen das heutige Preussen, die Einheit und das gemeinsame Ziel von Hitler und Thälmann sind da! Fort mit Braun, fort mit Severing - hier wie dort!

Wäre die Politik der Sozialdemokratie auf Popularitätshascherei abgestellt, auf Versammlungsjubel und die Zahl der Landtagsmandate, bei Gott, wie herrlich, wie einfach, wie schön! Käme es uns auch nur ein einziges Mal darauf an, den Hetzern und Schreibern ein Exempel zu geben und sie die Probe auf ihre hirnlosen Phrasen machen zu lassen: wir wollten die Schlusslichter der Thälmann und Hitler sehen, wenn statt Severing der Fememörder Schulz, statt Otto Braun ein Goebbels oder ein Prinz Auwi in der preussischen Regierung sässen! Wissen denn diese Kommunisten und Klassenkämpfer, diese Pseudo-Revolutionäre von rechts und links, was dieses alte Preussen war und was seine Rückkehr bedeuten würde? Mögen doch einmal die einen nur die einstigen Reden und Schriften einer Rosa Luxemburg aus dem Jahre 1910, 1911 oder 1914 nachlesen, und wenn sie ein Gewissen hätten, so müsste ihnen die Schamröte aufsteigen, so sie es nur noch ein einziges Mal wagen, ihre Agitation gegen die heutige preussische Regierung fortzusetzen.

Täglich sind die Zeitungen dieser kommunistischen Presse angefüllt mit seitenlangen falschen Artikeln, falschen Bildern und falschen Zahlen über die Fortschritte und die Aufbauarbeit in Russland. Wir sind die Letzten die sich nicht darüber freuen würden, wenn ein 160 Millionenvolk aus der zaristischen, sozialen Barbarei und des mittelalterlichen wirtschaftlichen und politischen Rückstandes ernsthaft in eine bessere Zukunft marschierte. Wenn aber diese sklavischen deutschen Jünger Moskaus in Deutschland nur die eine einzige Aufgabe sehen und haben, jeden Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse zu hemmen, nur die Steigbügelhalter ihrer schlimmsten Feinde zu sein, dann bleibt eben nur der Kampf, der rücksichtslose Kampf gegen diese indirekten Verbündeten und Zutreiber des Herrn Hitler. Dann bleibt nur übrig ihnen die Zähne stumpf zu machen und ihnen zu zeigen, wie die in Preussen - Deutschland im November 1918 errungene Demokratie und die dadurch erst möglich gewordene

Arbeit nicht im geringsten hinter dem zurücksteht, sondern weit überwiegt, was unter anderen Verhältnissen und Voraussetzungen in Russland geleistet worden sein soll.

Wo in Russland, trotz seines angeblichen Fortschrittes, sind derartige soziale Leistungen und Einrichtungen, wie in diesem so bekämpfen und verächten heutigen Preussen? Mag es die Fürsorge und mögen es die Einrichtungen sein für Jugend und Erziehung, für Invaliden und Schwache, ob Gefängniswesen, Wohnungsbau oder Krankenanstalten; mag es auf dem Gebiete der Körperpflege sein oder der Säuglingsheime: dieses Preussen der Demokratie marschiert heute in seinen sozialen Errungenschaften und wir sagen es mit Stolz und aus bester Kenntnis, an der Spitze aller Länder der Welt. Gewiss! Wir kennen alles, was noch nicht ist, was wir anders wünschen, besser sehen möchten und wir sind weit entfernt, zufrieden zu sein und etwa sagen zu wollen wie Gott am siebten Schöpfungstage, dass das Werk vollendet und gut sei. Als wenn es je gut und vollendet sein könnte in dieser kapitalistischen, bei dieser bis in den Grundfesten wankenden von entsetzlicher Not und Fieber geschüttelten und gerüttelten Wirtschaftsordnung der Welt!

Wenn wir aber, um einige Beispiele zu geben, wissen, dass es im heutigen Amerika, so wenig wie im wilhelminischen Deutschland, nicht einmal eine Arbeitslosenunterstützung gibt, dass es erst vor zwei Jahren der französischen Sozialdemokratie gelungen ist den Traum eines Jaurés, die Kranken- und Invaliditätsversicherung für den französischen Arbeiter und Angestellten Gesetz werden und durchführen zu lassen; wenn wir wissen, dass in England heute noch die gesetzliche Prügelstrafe selbst in den höheren Lehranstalten und in den Gefängnissen besteht, ja sogar die Schulhaft für unbezahlte Rechnungen - so wir dies alles wissen, und so wir auch dieses vergangene wilhelminische Preussen des Dreiklassenstaates gespürt haben, da sagen wir dem Herrn Goebbels wie seinem Zuträger Thälmann: Otto Braun und Severing, das ist unser Preussen, das wir mit Klauen und Zähnen verteidigen, das uns Sprungbrett ist für den Fortschritt und für eine bessere Zukunft.

SPD. Hannover, 15. April (Eig. Drahtb.)

Das Oberlandesgericht in Celle hat dem hannoverschen Landesgericht als Berufungsinstanz eine schallende Ohrfeige versetzt. Es hat am Freitag auf die von Rechtsanwalt Dr. Katz-Hannover veranlasste Berufung das gegen Noske ergangene unhaltbare Urteil des hannoverschen Landgerichts aufgehoben und ausdrücklich festgestellt, dass von einer Willkürhandlung Noskes keine Rede sein könne. Das Oberlandesgericht hat ausserdem die Auffassung Noskes und des preussischen Innenministers bestätigt, dass der Rechtsweg ausgeschlossen ist, da es sich um einen reinen Hoheitsakt Noskes gehandelt habe, über den die ordentlichen Gerichte nicht zu entscheiden haben.

SPD. Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat anlässlich der Auflösung der Privatarmee Hitlers an ihre Gauvorstände im Reich folgendes Rundschreiben gerichtet:

"Durch Verordnung des Herrn Reichspräsidenten ist die nationalsozialistische Partei-Armee aufgelöst worden. Damit fällt für das Reichsbanner die Notwendigkeit fort, weiter in dem Bereitschaftszustand zu bleiben, der uns durch die Angriffsvorbereitungen der Nationalsozialisten aufgezwungen war. Die Bundesleitung ordnet demgemäss an: Im ganzen Reichsgebiet sind alle ausserordentlichen Schutzmassnahmen aufzuheben. Mit dem Fortfall der unmittelbar

drohenden Angriffsgefahr hören die besonderen Funktionen auf, die der Schuf und den Sonderformationen übertragen wurden. In der Handhabung des Saalschutzes ist, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, das Hauptgewicht auf die propagandistische Ausgestaltung der Versammlungen zu legen.

Vertrauen schafft Vertrauen! Das Auftreten des Reichsbanners muss wie bisher unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass wir uns dem Staatswillen einordnen, die Staatsautorität stärken und stützen. Mehr noch: es kommt darauf an, bis in die Reihen unserer Gegner die Überzeugung zu tragen, dass das Reichsbanner niemals Staat im Staate sein wollte und sein will; dass wir nie daran gedacht haben und nicht daran denken, gegen Recht und Verfassung unsere Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Mit der Wahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist ein Sieg für Verfassung und Demokratie erstritten, die Gefahr des unmittelbar drohenden Bürgerkrieges von Deutschland genommen. Unser Kampf um den inneren Frieden Deutschlands ist nicht umsonst gewesen. Die Phrase von der Republik und den Republikanern, die sich nicht zu wehren verstehen, ist abgetan. Setzt das Werk der inneren Befriedung Deutschlands fort, werbt für republikanische Mehrheiten in den Länderparlamenten, die am 24. April neu gewählt werden.

Unsere ganze organisatorische und propagandistische Kraft setzen wir nunmehr ein für die eine grosse Aufgabe dieser Zeit: Der Reichsregierung und Allen, die guten Willens sind, zu helfen, die furchtbare Wirtschaftsnot zu überwinden.

Die angeordneten Massnahmen sind durchzuführen, ungeachtet des Umstandes, dass die beschlussfassenden Körperschaften des Reichsbanners mit Rücksicht auf die Länderwahlen erst nach dem 24. April zusammentreten können.

Wir werden, getreu unseren Bundessatzungen, weiterhin unsere Pflicht gegen Volk und Staat erfüllen."

SPD. Breslau, 15. April (Eig. Drahtb.)

In Siebeneichen Kreis Löwenberg (Schlesien) kam es in einer öffentlichen Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei zu einem schweren Zusammenstoss zwischen Reichsbannerleuten und Mitgliedern der SA. Als kurz vor Beendigung der Kundgebung von der Mehrheit der Besucher die Internationale angestimmt wurde, brachen die anwesenden Nationalsozialisten ohne jeden Anlass eine schwere Schlägerei vom Zaune, in deren Verlauf zwei Reichsbannerkameraden und ein SA-Mann erheblich verletzt und die Saaleinrichtung zertrümmert wurde.

SPD. Der Reichsinnenminister hat die ihm vor mehreren Wochen überreichten "Legalitätserklärungen" der nationalsozialistischen Unterführer mit nachfolgendem Schreiben an den Nazi-Abgeordneten Frank II-München zurückgesandt:

"Ihrem Wunsche entsprechend sende ich Ihnen die Mappe mit den Legalitätserklärungen von Führern der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die Sie mir zusammen mit Herrn Hauptmann a. D. Goering übergeben hatten, ergebenst zurück. Ich glaube, dass es all diesen Herren mit ihrem Willen zur Legalität durchaus ernst ist, aber dieser Wille und diese Erklärungen genügen nicht, wenn die Partei sich nicht von Dingen befreit, die ihrem Wesen nach illegal sind. Es ist auf die Dauer ein mit der Staatsautorität nicht zu vereinbarendes Zustand, dass die Partei eine militärisch organisierte Sonderarmee unterhält, deren Führer, meist alte Offiziere, grade in dem Bestreben, militärisch weiterzuarbeiten, Besonderes zu leisten, diese notwendigerweise mit der Führung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen müssen. Eine solche Organisation wird eines Tages die Partei in die Illegalität reissen. Die Legalität der Nationalsozialistischen Partei wird daher erst dann als eine wirkliche und uneingeschränkte betrachtet werden können, wenn sie von allen derartigen Belastungen befreit ist."

SPD. Die kommunistische Partei bezeichnet sich grossmäulig als "die einzige Partei des revolutionären Internationalismus". Sie denkt dabei wohl an die schönen Zeiten, als Heinz Neumann das nationalistische Programm der Nazis abschrieb! Während sie sich als Internationalisten gebärden, wächst in Russland ein nationalistischer Fremdenhass auf, der durch das Kriegsgefährdgeschrei der Sowjetregierung noch gefördert wird. Dieser Fremdenhass ist ein Ausfluss des Stalinschen Regimes. Russland hat Inflation. Wir wissen, was dies bedeutet, aber Russland hat noch Stalin hinzu!

Während der Inflation erlebte in den deutschen Grosstädten die Vergnügungsindustrie die Invasion der valutastarken Ausländer. In den Schlemmerlokalen sassen die Dollarinhaber, vor den Lokalen standen die hungernden Deutschen. Ähnlich ist es heute in Russland. In den nur für Ausländer bestimmten Restaurants sitzen die Touristen oder die valutastarken ausländischen Kaufleute - vor den Restaurants aber steht niemand; denn es ist den Russen verboten, vor den Fenstern der Ausländerlokale stehen zu bleiben! Die Polizei Stalins sorgt dafür, dass kein Russe es wagt, durch Hindurchstarren durch die Scheiben die Insassen zu stören. An der Türe der Restaurants für Ausländer aber hängt ein Schild: "Sowjetbürgern ist der Eintritt verboten!"

Man stelle sich vor, dass der Inhaber eines deutschen Restaurants während der Inflation aus Spekulation auf die valutastarken Gäste ein Schild herausgehängt hätte "Deutschen ist der Eintritt verboten" - anstelle des üblichen Schildes: "Die Mitnahme von Hunden ist nicht gestattet", und man wird verstehen, wie künstlich in Sowjetrussland nationalistischer Fremdenhass gezüchtet wird. Man wird zugleich verstehen, was die bolschewistische Diktatur in Russland bedeutet.

Die Segnungen dieser Diktatur wollen uns die Kommunisten verschaffen, und da sie sich zu schwach dazu fühlen, wollen sie uns wenigstens die faschistische Diktatur bescheren. Der Effekt würde nicht viel anders sein: Inflation und Diktatur dazu, und die deutschen Staatsbürger würden dann auf das Niveau der Sowjetbürger herabsinken, die von ihrem Regime den Ausländern gegenüber als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

SPD. Breslau, 15. April (Eig. Drahtb.)

Die "Schlesische Volkszeitung", das Organ des mittelschlesischen Zentrums, berichtet aus Oberschlesien über einen fast unglaublichen Fall politischer Verwilderung der Volksschuljugend. Danach richtete ein Konrektor der Beuthener evangelischen Pestalozzischule vor wenigen Tagen einen öffentlichen Hilferuf an die Elternschaft. In diesem Hilferuf heisst es u.a.:

"Am Tage vor der Reichspräsidentenwahl begrüsst die 8 - 9 jährigen Schüler einer Volksschulklasse an der Pestalozzischule ihren Lehrer beim Eintritt in das Klassenzimmer mit "Heil Hitler"! Am Tage nach der Wahl schrieben Konfirmandinnen während der grossen Pause auf staubige Flurfensterscheiben "Nieder mit Hindenburg! Heil Hitler!" Die üblichen Hakenkreuze fehlten nicht. Am Tage nach der Wahl fand ein Klassenlehrer fast die gesamte Klasse bei seinem Eintritt an der Schultafel versammelt. Es handelte sich um 12 - 13jährige Jungens. Auf die Tafel hatten sie das Bild Hindenburgs gezeichnet. Als der Lehrer eintrat, riefen die Jungens im Chor: "Nieder mit Hindenburg!" Die Türen der Oberklassen dieser Schulen waren mehrere Tage hindurch immer wieder mit nationalsozialistischen Handzetteln beklebt mit dem Inhalt: "Hitler muss ausmisten!" Als Kleber wurden Knaben der oberen Klassen festgestellt.

Als Höhepunkt der Vergiftung der Kindesseele verzeichnet der protestantische Konrektor die Tatsache, dass bei einer gründlichen Revision der oberen Klasse in den Schulbüchern und vor allem auch in den Bibeln zahlreiche Konfirmandinnen zahlreiche Hakenkreuzabzeichen festgestellt wurden und dass die Bücher selbst auf vielen Seiten mit diesem Parteiabzeichen bemalt waren.

Auch in den Schultischen und Bänken waren zahlreiche Hakenkreuze eingeschnitzt."

Die Verhältnisse in der Beuthener Pestalozzischule erfordern ein rücksichtsloses Eingreifen der zuständigen Behörden. Angesichts dieser schaamlösen Politisierung der Jugend müssen endlich generelle Massnahmen getroffen werden, die eine völlige Fernhaltung politischen Ungeistes von den Schulen verbürgen.

SPD. Paris, 15. April (Big. Drahtb.)

Der amerikanische Staatssekretär Stimson ist in Begleitung des Senators Kellogg am Freitag-Vormittag in Paris eingetroffen. Auf der Fahrt von Le Havre nach Paris gab Stimson vor Vertretern der Presse folgende Erklärung ab:

"Ich begeben mich nach Genf, um mich mit den Mitgliedern der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz zu unterhalten und ich hoffe, imstande zu sein, ihre Aufgabe zu erleichtern. Ich gedenke im Übrigen einige Massnahmen zu empfehlen, die die Arbeiten der Konferenz beschleunigen sollen. Mein Aufenthalt in Genf wird nur von kurzer Dauer sein und Botschafter Gibson wird weiter die Führung der Delegation behalten. Ich bin davon überzeugt, dass die Abrüstungskonferenz ein greifbares Ergebnis zeitigen wird. Die Tatsache, dass ich von Senator Kellogg begleitet bin, scheint mir umso glücklicher und bedeutungsvoller zu sein, als seine Anwesenheit an das Werk erinnert, das Briand und er für den Frieden vollbracht haben."

Am Freitag-Abend hatte Stimson noch eine längere Unterredung mit Tardieu, worauf er nach Genf weiterreiste.

"Judenregierung".

SPD. Im wilhelminischen Preussen, in dem die Bevölkerung in drei Klassen eingeteilt war, gab es weder eine Gleichberechtigung der Juden, noch eine Gleichberechtigung der Katholiken. Damals duldete der Staat nicht einmal die Anstellung eines Nachtwächters, geschweige eines Beamten, wenn sich dieser zur Sozialdemokratie, der weitaus grössten Partei des Landes, bekannt hätte. Es gab einen einzigen sozialdemokratischen Bürgermeister. Das neue Preussen hat sowohl den Männern wie den Frauen das gleiche geheime und freie Wahlrecht gegeben, wie es alle anderen Ungleichheiten und Degradierung der Staatsbürger beseitigte.

Keine grössere Lüge jedoch, als heute von einer Judenregierung zu sprechen. Seit 1920 ist nie ein Jude preussischer Minister gewesen. Unter den 12 Oberpräsidenten, 35 Regierungspräsidenten und über 400 preussischen Landräten befindet sich nicht ein einziger Jude. Unter rund 2 000 sonstigen Verwaltungsbeamten sind ganzen 25 Juden. Unter den Volksschullehrern gibt es kaum welche. An höheren Schulen ist der Prozentsatz jüdischer Lehrer geringer als der Prozentsatz jüdischer Schüler. Unter der preussischen Bevölkerung befinden sich ganze 1,1 % Juden. Hilft alles nicht, die preussische Regierung und Verwaltung sind nach den Angaben der Nationalsozialisten verjudet.

"Judenregierung", so heisst es heute wieder, wie einst auch die rechtstehenden Gegner selbst einen Bismarck beschuldigt haben, von dem sie 1877 in einer Flugschrift sagten: "Der Kanzler gehört den Gründern und Juden an, daher fort mit diesem System und seinen Trägern."

W e i t e r s a g e n !!!

=====

SPD. Genf, 15. April (Eig. Drahtb.)

Reichskanzler Dr. Brüning hat am Freitag-Abend nach seiner Ankunft in Genf die deutsche Presse empfangen. Er teilte mit, dass er nicht die Absicht habe, in die öffentliche Debatte der Abrüstungskonferenz einzugreifen. Der Zweck und Zeitpunkt seines Besuches gelte vielmehr den Besprechungen mit den Staatsmännern über entscheidende Fragen der internationalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich immer mehr miteinander verknüpften. Für die Entwicklung Deutschlands sei die Wahlentscheidung im Reichspräsidentenwahlgang so wichtig gewesen, dass er persönlich sich verpflichtet gefühlt habe in den Wahlkampf einzugreifen. Nur deshalb sei er nicht früher nach Genf gekommen. Seine Aufenthaltsdauer sei noch unbestimmt, doch werde er so lange bleiben, als es die Verhandlungen über Reparationen und Donauwirtschaftsfragen erforderten.

SPD. Hamburg hat am Freitag die Hitlerjugend als eine Unterorganisation der SA der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verboten.

In Preussen ist die Hitler-Jugend bisher nur in Berlin verboten. Ein allgemeines Verbot ist jedoch bald zu erwarten.

An die Kommunisten.

SPD. "Wir haben gegen ein Zusammenwirken mit den Kommunisten prinzipiell nichts einzuwenden, wenn die Kommunisten sachlich das Richtige und Vernünftige tun. Vor zehn Jahren nach der Ermordung Walter Rathenaus haben Sozialdemokratie, freie Gewerkschaften und Kommunisten gemeinsam eine Entschliessung vor die Öffentlichkeit gebracht, die ein Gesetz zum Schutz der Republik mit sofortigem Verbot und strenger Bestrafung jeder monarchistischen und jeder antirepublikanischen Agitation in Wort, Schrift und Bild forderte; ebenso Verhaftung all derjenigen Personen, die gegen die Gesetze zum Schutze der Republik verstossen. Unterscriben haben das der damalige Fraktionsvorsitzende der Kommunisten Ernst Meyer und Könen-Halle. Wenn die Kommunisten wieder so vernünftig wären wie damals, dann ist sofort die Einheitsfront der Arbeiter hergestellt. Solange sie aber wie am 9. August 1931 Arm in Arm mit Stahlhelm und Nazi zum Volkstentscheid gegen Braun und Severing gehen, solange herrscht zwischen uns Krieg."

Abg. Hellmann im Preussischen Landtag am 17. März 1932.

W e i t e r s a g e n !!!

=====

SPD. Genf, 15. April (Eig. Drahtb.)

Die Kommission für Invaliden-, Alters- und Sterbeversicherung der Internationalen Arbeitskonferenz hat den Unternehmerantrag für freiwillige Versicherung abgelehnt und sich grundsätzlich für obligatorische Versicherung ausgesprochen. Sie wurde jedoch für unbezahlte Personen abgelehnt und soll in das Abkommen nur für Personen aufgenommen werden, die im allgemeinen eine bezahlte Arbeit haben.

Die Kommission für das Zulassungsalter der Kinder zur Arbeit in nicht-industriellen Betrieben hat die beiden Arbeiteranträge abgelehnt, die ein Mindestalter für Familienarbeit und Beschäftigung als Privatdienstboten verlangten. Auch wird die Konvention keine Anwendung finden auf erzieherische Arbeit

in den Berufsschulen unter staatlicher Aufsicht und Begrenzung.

Mit den Stimmen der Unternehmer- und Regierungsvertreter wurde gegen die geschlossene Arbeitergruppe in der Geschäftsordnungskommission ein japanisch-italienischer Antrag angenommen, der die Ausschaltung eines Protestes der Arbeiter in öffentlicher Sitzung gegen den italienischen Arbeitervertreter bezweckt. Jouhaux-Frankreich protestierte energisch gegen diese Methode der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung. Die italienische Regierung hat bisher keinen Arbeiterdelegierten entsandt. Sie will erst die Annahme ihres Maulkorbantrages abwarten.

SPD. Es vergeht fast kein Tag, ohne dass die kommunistische Presse das Hungerparadies Sowjetrussland nicht anpreist, sei es mit gefälschten Statistiken, mit gefälschten Bildern oder anderem gefälschtem Material. Wie es in Sowjetrussland wirklich aussieht, ergibt sich aus folgendem Brief, den uns die Angehörigen einer seit zwei Jahren in Russland verheirateten deutschen Frau aus Protest gegen den täglichen Schwindel der kommunistischen Presse haben zugehen lassen. Wir geben den Brief, bis auf einige Kürzungen, in der uns übermittelten Form wieder. Hier ist er:

"Habt Ihr meine zwei Briefe erhalten? Hier gehts schlecht her es wird bis Ostern noch so bleiben, aber später giebts schon nirgends was zu essen. Es wird das allerletzte weg genommen, Geld gibt es schon drei Monate gar keins! Es sind schon viele Tausende Rubel Geld uns schuldig aber der Teufel weiss wer Herr ist... Emil sind auch schon über Hundert Rubel schuldig, verdienen kann man viel, Arbeit gibts genug, aber alles umsonst. Die Leute sind sehr ärgerlich aber sagen, wollen noch bisschen warten, ist es schon das letzte (Die) In der Stadt ist auch viel Hunger. $1\frac{1}{2}$ Pfg. Brot auf Tag ist zu wenig wenn Mann und Frau, Kartoffel 40 bis 50 Pf. Pfg. Es war vor 14 Tagen ein Mobilmachung alle Männer sind untersucht worden aber Emil ist diesmal nicht gebraucht, denn er ist was krank. Wir haben noch ein Schwein, werden bald schlachten heimlich, fütter ich tüchtig aber wissen noch nicht wird vielleicht weggenommen. Bei mir sind sie noch nicht gewesen, weiss nicht ob sie bisschen Furcht haben für mich, ob sie denken ich schreibe an Euch was. Bei mir kommt öfters der Schuldirektor. Er sagt auch das es nicht so weiter gehen kann aber soll niemand hören. Emil fährt morgen früh auf Bahnhof, da nimmt Emil meinen Brief mit hin, hier kann man sich nicht verlassen. Brot giebts keins zu kaufen, überall haben sie alles weggenommen. Diese Woche haben wir wieder abgegeben. Fragen nicht danach ob garnichts zu essen haben. Bei mir selbst jetzt noch Kartoffeln einstweilen langt noch zu, vielleicht bis Ostern oder noch 2 Wochen wieder wollen auch diese wegnehmen. Ostern ist noch 7 Wochen unser aber heute jetzt so ein Frost, das man nicht will nauss gehen. Meine Gänse haben angefangenen Eier zu legen. Hoffentlich wächst was dieses Jahr, die kleinen Gänsen geben ein warmes Bett doch es ist wenig, denn das Elend wächst von Tag zu Tag. Es wird schon von Hungertod geredet. Wie ist es von Euch zu hören? Ich schreibe was ich will, aber Absender schreibe ich nicht drauf. Wie es wird, aber wenn sie meinen Brief aufmachen, so wissen sie nicht von wem und welchen Dorf. Ich habe jeden Tag meine Arbeit mit der Spinnererei, nächste Woche werde ich Stoff weben. Für den Flachs giebts kein Geld. Mehl giebts nirgends zu kaufen, bloss veralbern wollen sie uns aber der dumme Bauer lässt sich veralbern. Wird von Krieg geredet, jeder sagt ich warte drauf giebt mir die Flinte, dann weiss ich wohin ich schiesse. Soweit bin ich noch gesund, hoffe es selbiges auch von Euch. Wie steht es mit Lenchen? Ist sie gesund? - Dieser Brief liegt schon eine Woche.

Alles beim alten. Emil ist jetzt zum Pregadier, das heisst, muss in jeden Haus überall absuchen, ob nicht jemand was vergraben hat und soll alles auch letzte Getreide wegnehmen. Er geht wohl aber nirgends sucht er, denn er weiss,

dass jeder leben will. Mein Mann sein Bruder welchen in nächsten Dorf wohnt, ist jetzt schon 4 Tage ins Gefängnis er war auch gezeichnet Pregadier, deshalb müssen sie sitzen bleiben. Wie steht es bei Euch mit Hindenburg ist er noch Präsident. Wird viel im Anzeiger geschrieben. Ist wohl Schwindel. Hoffentlich wird es nicht so wie bei uns. Arbeit genug, aber zu essen nichts. Hat man gar keine Lust zu leben. Wer Schnaps wenig trinkt und alles spart und alles Arbeit weiss zu machen, so sagen sie: "Der lebt noch gut, muss alles weggenommen werden," soll leben wie Arme oder wie Trinker. So trinkt jeder, essen zu kaufen giebts nichts. Sachen wie Kleider und Schuhe wer viel hat, wird weggenommen. So stürzen sich alle bloss in Schnaps wer einen Pfennig besitzt. In Deutschland ist dies nicht der Fall, jeder strebt um alles zu haben. Hier verstehen sie dieses nicht, und deshalb giebts schon wenig Schweine. Es wird gesprochen Leute welche in Kiew in wohnen das schon Menschen geangelt werden, und geschlachtet zu Wurst. Ich will nicht recht glauben, aber die Städter selbst reden. Will ich nun schliessen, hoffentlich erhält Ihr meinen Brief bei bester Gesundheit. So verbleibe ich Eure Zuchliebende
Tochter und Schwester Hanne."

Russland wie es ist!!!

SPD. Breslau, 15. April (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistischen Tumulte in der Innenstadt dauerten auch am Freitag an. Ununterbrochen führen Wagen und Polizeistreifen durch die Strassen. Immer wieder bildeten sich Ansammlungen, insbesondere in der Nähe des ehemaligen Braunen Hauses, sodass die Polizei des öfteren zum Einschreiten gezwungen war. Die Nazirowdies brüllten und tobten in den Strassen umher, belästigte friedliche Passanten und gingen, wenn sie sich in der Uebermacht befanden, sogar gegen Polizeibeamte tätlich vor. Fortgesetzt entwickelten sich Schlägereien, sodass die Polizei auch am Freitag in der Abwehr mehrmals den Gummiknüppel benutzen musste.

Der Breslauer Polizeipräsident hat am Freitag-Abend an die Bevölkerung der schlesischen Hauptstadt die dringende Bitte gerichtet, sich an den unerlaubten Ansammlungen nicht zu beteiligen und den infolge der nun schon seit Mittwoch andauernden Unruhen stark überanstrengten Polizeibeamten in ihren Bemühungen um Aufrechterhaltung der Ordnung nicht hinderlich zu sein.

SPD. Frankfurt/M., 15. April (Eig. Dr.)

In Frankfurt wurde bei der Schliessung der SA-Kasernen allerlei Material ans Tageslicht gefördert. Es gewährt bezeichnende Einblicke in die Mentalität der jetzt aufgelösten Hitlerarmee. Die Nazilandknechte mussten in kalten Fabrikräumen auf Stroh, das über Zementboden ausgestreut war, nächtigen. Jedes Obdachlosenasyll ist als weitaus bessere Unterkunft zu betrachten.

In einer Nazikaserne waren unter der Flagge eines "Sportkurses" 90 SA-Leute untergebracht, die besonders kärglich gepflegt wurden. Diejenigen Teilnehmer des Sportkurses, die öffentliche Unterstützung bezogen, waren verpflichtet, diese Unterstützung an den Führer des Kurses abzuliefern. Die miserable Unterkunft und das kärgliche Essen wurden also aus der Tasche der SA-Leute bzw. aus Wohlfahrtsmitteln bezahlt.

Das Zimmer des Reichstagsabgeordneten und Nazigauleiters Sprenger im Frankfurter Braunen Haus lässt von der Armseligkeit der Nazikasernen nichts ahnen. Dieses Zimmer, das ständig durch eine besondere Wache vor der Tür gesichert war, würde jeden Generaldirektor eines kapitalistischen Konzerns vor Neid erblassen machen. Tiefe Teppiche bedecken den Boden, hochherrschaftliche Möbel staffieren den grossen stucküberladenen Raum. Herr Sprenger sass dazu

natürlich an einem wundervollen und wertvollen Sekretär.

Ein Fund verdient besonders erwähnt zu werden, weil er eine geradezu grausige Geschmacklosigkeit illustriert. Beschlagnahmt wurde u.a. auch ein Stapel auf Vorrat gefertigter Kranzschleifen mit der gedruckten Aufschrift: Dem toten Kameraden.....NSDAP. Hitler bot also seinen Getreuen anstatt eines warmen Bettes und eines ordentlichen Mittagessens lediglich die Aussicht auf eine rote mit dem Hakenkreuz geschmückte fabrikmässig engros gefertigte Kranzschleife, in die nur noch der Name eingesetzt zu werden brauchte.

SPD. Hitler, zurzeit immer noch Braunschweigischer Gehaltsempfänger ohne Gegenleistung, hatte am Donnerstag gegenüber einem ausländischen Berichterstatter die Stirn zu der Behauptung, dass die Auflösung seiner Privatarmee auf eine Forderung des französischen Ministerpräsidenten zurückzuführen sei. Die Reichsregierung hat diese gemeine Verleumdung, die u.E. übrigens nach dem Gesetz zum Schutz der Republik geahndet werden muss, bereits mit der erforderlichen Schärfe zurückgewiesen. Am Freitag hat auch die offizielle französische Havas-Agentur dem Scharlatan aus Braunau eine schallende Ohrfeige versetzt. Sie bemerkt zu Hitlers Gemeinheit:

"Nicht nur nicht hat die Reichsregierung im Juli irgendein Versprechen dieser Art der französischen Regierung gegeben, sondern sie hat sogar eindeutig erklärt, dass sie irgend eine derartige Verpflichtung nicht übernehmen könne. Wir glauben versichern zu können, dass weder im Juli noch später zwischen Frankreich und Deutschland irgend eine Aussprache über die innenpolitische Lage Deutschlands stattgefunden hat, die im geringsten eine Geschichte rechtfertigen könnte, die zum Zweck einer nur zu offensichtlichen innerpolitischen nationalsozialistischen Propaganda erfunden ist."

Aber trotz dieser Entgegnung und der Erklärung der Reichsregierung hat das Lügenmaul aus Braunau seine verleumderischen Äusserungen bisher nicht zurückgenommen. Das passt zu diesem Herrn und zu seiner Ritterlichkeit, wie er sie auffasst!

SPD. Darmstadt, 15. April (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt: Wenn der sächsische Landtagsabgeordnete der NSDAP Studentkowsky dieser Tage, nach dem Verbot der SA, in einer Leipziger Versammlung mitgeteilt hat, es könne niemand wissen, ob sich die SA-Mitglieder nicht in Form irgend eines Kegelklubs weiter zusammenschliessen, so ist in Hessen komplettes Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, dass die Fortführung der SA und SS in dieser illegalen Form bereits bis ins kleinste durchorganisiert ist. Der Polizei ist ein grosses Paket Geheimmaterial der hessischen SS-Führer in die Hände gefallen, in dem sich über ganz Hessen verteilt zahlreiche Geheimadressen und Angaben darüber befinden, wie die SA in den einzelnen Orten als Gesangsvereine, Kegelklubs, Skatklubs oder Box- und Sportvereine weiter zu bestehen gedenkt.

Ausserordentlich aufschlussreich für die systematische Bespitzelung und für die Verleitung zum Verrat von Dienstgeheimnissen hoher und höchster Stellen sowie der Polizei durch SA- und SS-Funktionäre ist ein Dokument, das ebenfalls bei den Aktenstücken eines hohen SS-Führers gefunden wurde. Es ist der Brief des Reichstagsabgeordneten Weitzel, Oberführer der Gruppe V, West der SS in Düsseldorf, in dem den SS-Führern der Wortlaut wichtiger preussischer Polizeifunksprüche, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt wurden, übertragen, mitgeteilt wird. Es handelt sich um die Funksprüche ssd, Berlin Nr. 82, 12. III. 1525 und ssd Nr. 111 Worte 131 vom 11. III. 1735. Der Brief, der offenkundig auch an die anderen dem

dem Oberführer unterstellten Stellen lief, lautet:

"Anliegend Abschrift eines Telegramms des Ministers Severing zur Kenntnis. Das gleiche Telegramm sandte ich heute sämtlichen Gauleitern zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Alles nähere hierüber am Samstag. gez. Weitzel, Der SS-Gruppenführer West."

Schliesslich ist für den Charakter der SS noch folgendes kennzeichnend. Es wurde eine Reihe von ledernen Aktentaschen bei den höheren Führern beschlagnahmt. Bei diesen Aktenmappen war kaum eine, aus der nicht beim Öffnen eine scharf geladene Pistole herausfiel.

SPD. Hindenburg O/S., 15. April (Eig. Dr.)

Am Donnerstag wurden in Hindenburg fünf Reichsbannerleute, die sozialdemokratische Flugblätter verteilten, von etwa 25 bis 30 Nazis überfallen. Zwei Reichsbannerleute wurden niedergeschlagen und erheblich verletzt. Als die Polizei herannahte, ergriffen die Nazis die Flucht.

SPD. Darmstadt, 15. April (Eig. Drahtb.)

Unter dem im Braunen Haus in Darmstadt gefundenen Material befand sich auch ein Brief, dessen Absender der Gaufachberater für Kriegsbeschädigtenfragen in der Gauleitung der NSDAP Hessen, der Nationalsozialist Weygold ist. Der Empfänger des Briefes ist der bekannte nationalsozialistische Führer Oberlindober-München, Mitglied des Reichstags. In diesem Schreiben beschwert sich der Schreiber über das Treiben der SA und SS im Braunen Haus. Es heisst darin u.a.:

"Wenn man diese Menschen hört, so glaubt man, dass die Geschichte mit dem Dritten Reich eine Angelegenheit des Konditors sei, der auf Bestellung eines backt. Herrgott haben wir da noch eine Erziehungsarbeit vor uns, bis da nur einmal bei den sogenannten Führern die geistigen Grundlagen vorhanden sind. Wenn man sich aber mit diesen Menschen über Dinge unterhält, die über das Fressen, Saufen und Schlafen, möglichst mit einer angenehmen Nebenbeschäftigung hinausgehen, so erhält man höchstens die Antwort: "Ueber was für Blödsinn ihr politischen Schweine euch den Kopf zerbrecht! Das bisschen wird von uns geschmissen und dann werdet ihr mitgehängt. Denn euch brauchen wir doch nicht. Die SA macht das alles ganz allein." Nach deren Meinung fängt also das Dritte Reich mit einem grossen Aufhängen derer an, die der SA nicht angenehm sind. Da freue ich mich jetzt schon drauf, und hier in Hessen ist diese Stimmung durch die letzten "Taten" noch verstärkt worden. Hier muss man raus, wenn man den Glauben an die Mission des deutschen Volkes nicht verlieren soll."

Am Schluss des Briefes werden die SA-Leute als Lausbuben, Kindsköpfe und Egoisten sowie als Würmer bezeichnet, die alle positive Arbeit der Naziführer anfressen.

SPD. Genf, 15. April (Eig. Drahtb.)

Die am Freitag geführten Verhandlungen des Völkerbundsrats über die Finanzlage der Donaustaaten zeigten wiederum eindeutig, dass die Lösung des Reparationsproblems die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Besserung darstellt: Besonders Bulgarien und Griechenland erklärten, dass mit den bisherige Einzelmassnahmen ohne eine grundlegende Änderung nichts mehr erreicht werden könne.

In einer öffentlichen Sitzung behandelte der Rat am Freitag die vor-

läufige Finanzhilfe für Österreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland. Den einzelnen Ländern wurden Empfehlungen zur Reorganisation ihrer Wirtschaft erteilt und Kredite in Aussicht gestellt.

SPD. Paris, 15. April (Eig. Drhtb)

Auf dem Gebiet der Gemeinde Vincier südlich des Genfer Sees sind am Freitag etwa 30 Hektar Wiesen- und Ackerbauland ins Rutschen gekommen. Eine Chaussee wurde von den Erdmassen in einer Länge von 200 Metern mitgerissen. Drei mit Einsturz bedrohte Häuser mussten geräumt werden. Die Erdbewegung wird auf unterirdische Wasserläufe zurückgeführt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Um was geht es?

Von Wilhelm Winzer, M.d.L.

SPD. Eine deutschnationale Zeitung stellte dieser Tage bei Besprechung der bevorstehenden Preussenwahl als Ziel auf: "Der Geist von Potsdam soll in Zukunft wieder Macht über Preussen bekommen". Was heisst "Geist von Potsdam"? so wird sicher mancher Jungwähler, vielleicht auch ein vergesslicher älterer Wähler fragen. Waren die Potsdamer früher so geistvoll oder geistreich? Nein! Geistesreichtum war bei denen, die uns im alten Preussen regierten, nicht Allgemeinut. Dafür aber hatten sie die Macht, die sie mit grosser Brutalität über ihre "Untertanen" ausübten.

Geist von Potsdam heisst: die Geschicke des Preussischen und damit des deutschen Volkes wieder ausliefern an die preussischen Junker, die zwar keine Steuern zahlten, dafür aber an der "Futterkrippe" sasssen. Heisst weiter: Wiedereinführung des Dreiklassenwahlrechts, wobei der "erstklassige" Wähler 25 mal soviel Wahlrecht hatte wie der Prolet, der in der dritten Klasse wählte. Daneben Wiedereinführung der Gesindeordnung und des Prügelrechtes der Junker.

Diejenigen Wähler, denen diese Erinnerung an Altpreussen noch nicht genügt, mögen nach Thüringen blicken, wo die Beauftragten der preussischen Junker, die Nazis, mit dem "Geist von Potsdam" regiert haben. Dies Land ist fast pleite regiert worden. Oder richten wir unsere Blicke nach Braunschweig und Danzig. Dort hausen die "Nazigeister von Potsdam" wie die Vandalen. Sollten diese Spuren nicht schrecken?

Gegenüber diesen wüsten "Regierungsmethoden" der Reaktion in den verschiedenen Einzelstaaten, stand das neue Preussen als "Ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht". Hier konnte erfolgreich für das Volk gearbeitet werden. Greifen wir aus der Fülle der Erfolge nur einige heraus.

Das reiche Preussen der Vorkriegszeit hatte für Heranbildung der unteren Volksschichten und damit für die Volksschule nur wenig Interesse. "Der dümmste Arbeiter war der Beste." Im Jahre 1913 wurden nur 155 Millionen Mark für die Volksschule in den Etat eingesetzt, 1931 dagegen 461 Millionen Mark. Ausserdem hat das neue Preussen grosse Mittel aufgewandt für die Weiterbildung begabter Arbeiter. Bei der Einrichtung von weltlichen Schulen war Preussen bahnbrechend während im Nazi-Braunschweig die weltliche Schule abgebaut worden ist.

Bei der Behebung der ungeheuren Wohnungsnot in der Nachkriegszeit stand Preussen im Vordertreffen. Ca. 1 300 000 Kleinwohnungen wurden gebaut. Wer denkt hierbei nicht an die Wohnnöte der Vorkriegszeit, wo die armen und kinderreiche Familien in den Hinterhäusern mit finsternen Löchern vorliebnehmen mussten. Für die Landerbeiter, die in der Vorkriegszeit auf den grossen Gütern oft schlechter untergebracht waren als das Vieh, hat das neue Preussen 52 000 Wohnungen gebaut, darunter 29 000 Eigenheime.

Das Siedlungswesen, im alten Preussen nur aus politischen Gründen betrieben, erfuhr in der Nachkriegszeit im neuen Preussen besondere Förderung. Das arme Preussen der Nachkriegszeit schuf 42 642 Siedlerstellen. Das ist fast doppelt soviel, als das reiche Altpreussen in 30 Jahren vorher geschaffen hat.

In Bezug auf Schutz und Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung liess sich das neue Preussen von keinem anderen Staat übertreffen.

Die grossen Erfolge, die das neue Preussen auf wirtschaftlichem Gebiete durch die sogenannte öffentliche Wirtschaft erzielt hat, dürfen nicht unerwähnt bleiben. Unbekümmert um das Geschrei der Gegner über die "Kalte Sozialisierung" ist Preussen auf den verschiedensten Gebieten in die Domänen des Privatkapitalismus eingedrungen. In der Elektrizitätswirtschaft - um nur eines der wichtigsten Wirtschaftsgebiete zu nennen - hat Preussen entscheidenden Einfluss. Diese Erfolge konnten erzielt werden, obschon die Kommunisten und sonstige "Arbeiterfreunde" Sabotage übten. Die bisherigen Erfolge genügen uns noch nicht. Wir wollen an dem begonnenen Werk weiterbauen. Sollen die Kommu-

nazis alle diese Erfolge wieder zunichte machen?

Die mit dem Gelde des Grosskapitals gegründete und unterhaltene Nazi-
partei bietet im Auftrage ihrer Geldgeber alles auf, um in Preussen ans Ruder
zu kommen. Sie machen allen Bevölkerungsschichten, angefangen von den Arbei-
tern bis zu den Grosskapitalisten, die grössten Versprechungen. Darin liegt
der grosse Volksbetrug. In Wirklichkeit vertreten die Nazis nur die Interes-
sen des Grosskapitals und der Grossagrariere. Die Kommunisten sind in ihrem
politischen Wirken die Wegbereiter des Faschismus, genau so, wie seiner Zeit
in Italien. Beim Volksentscheid gegen Preussen, bei den Misstrauensanträgen
gegen sozialdemokratische Minister, arbeiteten sie Hand in Hand mit der preus-
sischen Reaktion. Man könnte dieser Sorte "Politik" noch Verständnis abgewin-
nen, wenn die KPD nach dem Sturze dieser Preussenregierung selbst ans Ruder
käme. Weil die Kommunisten aber genau wissen, dass nach dem Sturz der jetzi-
gen Regierung nicht sie, sondern die Rechtsbolschewisten an die Macht kommen,
muss man ein solches Verhalten als ein Verbrechen am Volke, insbesondere an
der Arbeiterschaft, brandmarken.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, zieht aus diesen Vorgängen die richtige
Lehre. Wenn ihr nicht wollt, dass der "Geist von Potsdam" mit allen seinen Un-
terdrückungsmassnahmen in Preussen wiederkehrt, dann werbt für die Sozialdemo-
kratische Partei, damit das so erfolgreich begonnene Werk in Preussen vollendet
wird: "durch den Ausbau Preussens zu einem wirklichen sozialen Volksstaat."

----- Der Weg ins Dritte Reich. -----

"Der Weg zum Dritten Reich geht über Preussen", so schreibt der Nazi-
hauptling Kube im "Tag" vom 2.7.1931.

"Der Weg zur Macht in Deutschland geht auch heute noch allein über Preus-
sen", so der nationalsozialistische Berliner "Angriff" vom 8. April 1931.

Diesen Weg gilt es, für die Nationalsozialisten unpassierbar zu machen.
Die Nationalsozialisten dürfen niemals in Preussen zur Macht gelangen. Die
wirksamste Waffe gegen den nationalsozialistischen Vormarsch ist die Wahl von
Otto Braun und Carl Severing!

----- Die Väter der Kopfsteuer. -----

SPD. Wie die Reichsregierung im Reich an die Einführung der Bürgersteuer
dachte, haben die Deutschnationalen sie entdeckt. Die Deutschnationale Land-
tagsfraktion reichte am 28.2.1930 im Preussenparlament auf Drucksache 4252
einen Gesetzentwurf ein, in dem es heisst :

§ 2

- Die Gemeinden sind zur Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags
1. berechtigt ohne Rücksicht auf die Höhe der zur Erhebung gelangenden
Zuschläge zur vorläufigen Steuer vom Grundvermögen und zu den Gewer-
besteuern;
 2. verpflichtet, wenn folgende Zuschlagssätze überschritten werden:
 - a) bei der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen 200 Prozent oder
 - b) bei der Steuer vom Gewerbeertrag 400 Proz. oder
 - c) bei der Steuer vom Gewerbekapital bzw. von der Lohnsumme 1000 Proz.

§ 3

Der Verwaltungskostenbeitrag wird erhoben von allen im Gemeindebezirk

wohnenden Personen, die selbständig auf eigene Rechnung leben; ihnen sind diejenigen Personen gleichgestellt, die ein selbständiges Einkommen haben und im Haushalt der Eltern oder sonstiger Verwandten leben.

Die Deutschnationalen sind also die geistigen Urheber der unsozialen Bürgersteuer in ihrer brutalsten Form. Ihr Gesetzentwurf sah keine Staffel vor. Jedermann, ob Arbeiter oder Unternehmer, ob reich oder arm, sollte in gleicher Weise einen Mindestbetrag von 1 bis 3 Mark monatlich zahlen. Auch die Arbeitslosen sollten diesen "Verwaltungskostenbeitrag" entrichten.

Denkt daran am 24. April - wählt Braun-Severing.

----- Parteibuch oder Gleichberechtigung? -----

SPD. Die Deutschnationalen schreien: "Die parteipolitische Stellenbesetzung in Preussen beglückte folgende Parteibuchinhaber: der frühere Stein-drucker Braun wurde Ministerpräsident, der frühere technische Angestellte Lüdemann Finanzminister, der frühere Schlosser Severing Minister des Innern, der frühere Eisendreher Kürbis Oberpräsident von Schleswig-Holstein, der frühere Holzarbeiter (Korbmacher) Noske Oberpräsident von Hannover usw. usw. So sind Hunderte von roten Bonzen nur mit Hilfe ihres Parteibuches in amtliche Stellungen gekommen, zu denen ihnen jede sachliche Vorbildung fehlte."

Die Sozialdemokratie bekennt mit Stolz: Wir haben in der Verwaltung das Monopol von Adel und Junkertum gebrochen. Wir haben einen Anfang mit der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in der preussischen Verwaltung gemacht. Wir wünschen, dass in Preussen die breiten Massen der Arbeiterschaft zur Staatsleitung herangezogen werden, so dass aus der formalen Gleichberechtigung die Mitarbeit der Arbeiter in allen Funktionen des Staates herauswächst.

Die Sozialdemokratie bekennt sich dazu, dass sie Männer aus dem Volke, die nur die Volksschule besucht haben, die aber ihre Qualifikation zur Bekleidung massgebender Verwaltungsämter durch ihre Tätigkeit im ehrenamtlichen Dienste für Gemeinden, Gewerkschaften und in Parlamenten erworben haben, zu Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräten und Ministerialbeamten gemacht hat. Das heutige System will im Gegensatz zum alten Preussen die Heranziehung aller Kräfte des gesamten Volkes.

Am 24. April wird darüber entschieden, ob die Arbeiterschaft weiter gleichberechtigt im Staat sein soll oder nicht. Wer für die Gleichberechtigung ist, muss die Führer der preussischen Sozialdemokratie wählen:

Otto Braun und Carl Severing.

----- Die Partei der Deserteure. -----

Wie sich Nazi-Feder vor dem Heldentod drückte.

SPD. Die Nationalsozialisten lieben es, sich als Vertreter des Frontsoldatengeistes und der Aufopferung für das Vaterland aufzuspielen. Dabei hat nur der geringste Teil ihrer Führer an der Front gestanden. Der Nazi-Lautsprecher Goebbels, Hitlers Reichspropagandaleiter, drückte z.B. während des Krieges noch die Schulbank und Nazi-Frick zog es vor, den ganzen Krieg über in der Heimat zu sitzen. Ein Drückeberger ganz besonderer Art aber ist Nazi-Feder, der nationalsozialistische Vorkämpfer wider die Zinsknechtschaft. Einmal, weil er sich wie Goebbels und Frick täglich als Vertreter des Frontsoldatengeistes aufspielt ohne je an der Front gewesen zu sein, dann aber auch wegen der Art, wie er sich nach dem Vorbild anderer Naziführer von

1914 - 1918 gedrückt hat. So erfahren wir über den Drang des Herrn Feder zur Front bzw. zum Heldentod folgendes :

"Im September 1915 bewarb sich Herr Diplomingenieur Feder bei einer staatlichen Stelle um die Zuteilung eines grösseren Auftrages für einen staatlichen Neubau. Der betreffende Beamte wunderte sich über den niedrigen Angebotspreis und fragte nach dem Grund. Darauf antwortete Herr Feder, er hoffe, wenn er den Staatsauftrag habe, nicht zum Militärdienst eingezogen zu werden. Feder sagte dabei wörtlich: "Im August 1914 wäre ich gern in das Feld gezogen, aber jetzt 1915, wo der Krieg ohnehin bald zu Ende ist, sind mir meine gesunden Knochen zu lieb, um sie dem Vaterland zu opfern."

Feder hat also schon während des Weltkrieges zwischen Theorie und Praxis genau zu unterscheiden gewusst: In der Theorie war er für das Blutbad, aber tatschiessen lassen sollten sich die anderen. Seine Knochen waren für das liebe Vaterland zu schade! In der Nachkriegszeit hat es Feder ähnlich gehalten. Jahrelang hat dieser Nazi-Propagandist die Beschlagnahme der Bankkonten propagiert. Als dann der Münchner Hitler-Putsch diese Beschlagnahme bringen sollte, stellte sich heraus, dass Feder einen Tag vor Beginn dieses verbrecherischen Unternehmens seine Gelder nebst Zinsen abgehoben hatte. Eine feine Marke - aber Herrn Hitler und seiner Kumpane würdig!

W e i t e r s a g e n ! ! !

"Preussen wieder preussisch".

SPD. Im wilhelminischen Dreiklassenpreussen wurde nur in den allerselestesten Fällen ein Arbeiter als Schöffe und Geschworener zugelassen. Heute befinden sich in Preussen unter den Schöffen und Geschworenen nicht nur Frauen, sondern 35 bis 39 % Arbeiter.

1913 sassen in den preussischen Gefängnissen 53 000 Gefangene, 1931: 37 000 Gefangene. Die Strafjustiz ist reformiert und viel humaner geworden. Bei geringen Freiheitsstrafen ist bedingte Strafaussetzung angeordnet. Durchschnittlich werden im Jahr 35 000 solcher Strafaussetzungen gewährt, da erfahrungsgemäss die kurze Freiheitsstrafe nicht bessernd, sondern gefährdend wirkt. Strafaussetzung wurde in 94 % durch die Gerichte und 6 % von Fällen vom Justizminister gewährt. Auch ein Parlamentsausschuss hat das Recht, Strafaussetzung zu beantragen. In dieser Gnadenpraxis ist die Sozialdemokratie führend gewesen und sie entspricht ihrer Weltanschauung.

1913 standen im preussischen Etat als Fürsorgemittel für entlassene Gefangene 35 000 Mark. Heute gibt der verarmte preussische Staat jährlich 400 000 Mark für den gleichen Zweck aus. 300 Gerichtsgefängnisse und 25 grosse Gefängnisanstalten für 9 000 Häftlinge sind geschlossen worden, weil sie die Regierung für die Gesundheit der Sträflinge als unzutraglich fand. Gewohnheitsverbrecher und erstmalig Gestrauchelte verbüssen ihre Haft getrennt. Der Strafvollzug wird in Stufen vollstreckt. In ausreichendem Masse werden hauptamtliche Gefangenenärzte beschäftigt.

Das ist ein winziger Ausschnitt aus der vom neuen Preussen geleisteten sozialen Arbeit. Die Nationalsozialisten rufen aber: "Preussen muss wieder preussisch werden". Fragt sie, was sie damit meinen?

Aus aller Welt

Die Diplomatenschule.

Auch "Notenlesen" will geübt sein - Gespräch mit dem Leiter des Göttinger Seminars für Völkerrecht und Diplomatie.

SPD. In Genf sind die Delegierten der Abrüstungskonferenz wieder eingetroffen, ausserdem die etwa 50 Delegationen der Internationalen Arbeitskonferenz. Noch nie war in Genf der "diplomatische Andrang" so stark. Alles, was uns bewegt: Finanzkrise, Arbeitslosigkeit, Reparationsproblem - steht auf der Tagesordnung. Hoffentlich stehen die Lösungen zum Schluss nicht nur in den Akten...

Der Beginn der Genfer Konferenzhochflut lässt die Frage auftauchen: Welche Qualitäten muss man haben, um Diplomat zu werden? Wie "lernt" man diesen Beruf? Interessant ist die Antwort, die auf diese Frage Professor Herbert Kraus gibt, der Direktor des einzigen europäischen "Seminars für Völkerrecht und Diplomatie" an der Universität Göttingen. Professor Kraus wurde jetzt auf drei Monate als Austauschlehrer nach Amerika berufen. Wir geben seine interessanten Ausführungen mit dem Bemerken wieder, dass bei uns bedauerlicherweise die Ausbildung zum aktiven auswärtigen Dienst nach wie vor im wesentlichen ein Privileg der Besitzenden ist.

+

"Fünfzig Briands, MacDonaldis und Stresemänner in der Westentasche - so könnte man wohl die Hörer Ihres Seminars nennen, Herr Professor Kraus?"

"Nein - wir sind keine Brutanstalt für Staatsmänner. Die kann man nicht heranbilden, nicht künstlich züchten - sie werden geboren, und gerade an den internationalen Persönlichkeiten von Weltformat lässt sich am besten beweisen, dass die wirklich überragende Begabung sich auch ohne "Berechtigung", ohne kostspieliges Spezialstudium durchzusetzen versteht. Alle grossen Staatsmänner unserer Zeit stammen zumeist aus kleinen Verhältnissen. Aus dem diplomatischen Seminar können nur die Handlanger der Weltpolitik, die Techniker der internationalen Zusammenarbeit hervorgehen: die Sekretäre, Attachés und Legationsmitglieder, die später vielleicht einmal Gesandte, Botschafter oder Delegierte in Genf werden können, wenn sie tüchtig sind. Wir liefern einen grossen Teil des Menschenmaterials für das Auswärtige Amt in Berlin; wir rüsten es mit dem notwendigen Handwerkszeug aus: der Kenntnis des Völkerrechts und seiner Anwendung, der Formen und Formeln, die heute für das politische Leben gelten, und dem Verständnis für die historischen Zusammenhänge in der Weltpolitik.

Genau genommen besteht unser Seminar schon seit zwei Jahrhunderten. Wir knüpfen an die alte Tradition der Göttinger Diplomatenschule an, die bis vor hundert Jahren bestand. Damals kamen die angehenden Diplomaten aus allen Ländern nach Göttingen, um hier ihre Kunst zu erlernen. Heute sind unter meinen fünfzig Hörern viele, die in ihren Beruf schon "hineingeboren" sind, so einer der Söhne Stresemanns. Es kommen aber auch manche Politiker, die schon in der Praxis des Parteikampfes stehen; daneben Staatsrechtler aus anderen Ländern, Redakteure und Schriftsteller. Besonders gross ist der Prozentsatz der Juristen, die den Beruf des völkerrechtlichen Anwalts ergreifen wollen.

Was hier gelehrt und gearbeitet wird, umfasst alle grossen Kapitel der Politik in Gegenwart und Vergangenheit. Wir verfolgen die allgemeinen Leitgedanken der Staatskunst, die Wandlungen der Staatsmoral, das Auftauchen neuer Gedanken in der Politik und das Erwachen neuer politischer Strömungen. Besondere Arbeitsgruppen der Hörer befassen sich mit Spezialfragen; wir haben eine Minderheiten- und eine Schiedsgerichtsabteilung. Unsere Diskussionsabende wer-

fen meist ganz moderne Themen auf: Völkerbund, Abrüstung, Kriegsschuld, Reparationen, Kriegsüchtung. In manchen Fragen sind wir sogar dem augenblicklichen Entwicklungsstand der Dinge voraus; unsere letzte Veröffentlichung befasste sich mit der völkerrechtlichen Stellung der im Atlantischen Ozean geplanten "Fluginselfn", die als Zwischenlandungs- und Tankstationen für den kommenden europäisch-amerikanischen Luftverkehr dienen sollen. Dann wird natürlich auch die Kunst gelehrt, eine diplomatische Note abzufassen und zu lesen, was ja nicht ganz einfach ist, denn die Diplomatie hat ihre eigene Ausdrucksweise. Wir haben Kurse eingerichtet, in denen das Notenlesen in deutsch, englisch, französisch, spanisch geübt wird.

Wer das Seminar besucht hat, muss erst zwei Jahre im Auswärtigen Amt als "Lehrling" arbeiten - und auch dann ist es noch sehr weit bis zur Staatsanstellung. 700 bis 800 Bewerber melden sich alljährlich im Auswärtigen Amt; davon können nur etwa zehn bis sechzehn berücksichtigt werden. Die Ueberfüllung in diesem Beruf ist ganz ausserordentlich gross.

Uebrigens behandeln wir nicht nur aussenpolitische, sondern auch innenpolitische Fragen und befassen und dabei sehr eingehend mit Parteipolitik. Wir können stolz sein auf die Sachlichkeit, mit der bei uns Themen durchgearbeitet werden, die heutzutage auf der Strasse von den "radikalen mit Revolver und Schlagring "besprochen" zu werden pflegen... Es muss ja leider schon als ein Wunder angesehen werden, wenn Studenten das Parteiprogramm Hitlers oder der Kommunisten anhören können, ohne gleich aufeinander loszugehen!"

Fla.

+ + +
"Fahnenflucht" Das Strafgericht in Grenoble hat sich mit einem eigenartigen Fall zu beschäftigen. Ein zwanzigjähriger Fabrikarbeiter, der niemals Soldat war, ist unter der Anklage der Fahnenflucht verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Dem Beschuldigten sind im vorigen Jahr die Ausweispapiere gestohlen worden. Der Dieb hat sich später unter dem Namen des Bestohlenen beim 22. Kolonialregiment Aix-en-Provence anmustern lassen und ist nach einigen Monaten desertiert. Der Arbeiter hat in der Voruntersuchung seine vollkommene Schuldlosigkeit nachweisen können, aber der eigentliche Deserteur ist verschwunden und noch nicht einmal seinem wahren Namen nach bekannt.

+ + +
Zucker und Herz. In der Schlussitzung des Wiesbadener Aerztetages wurde über die verschiedenen Insuline gesprochen, die zur Bekämpfung der Zuckerkrankheit von der pharmazeutischen Industrie auf den Markt gebracht worden sind. Dr. Bürger-Bonn berichtete, dass er 34 verschiedene künstliche Insulinpräparate auf ihre chemische Wirkung geprüft habe. Weiterhin hielt der Solinger Arzt Dr. Schott einen Vortrag über "Auskultation der Gelenke"; Dr. Schott hat - was bisher nur bei Lunge und Herz üblich war - die menschlichen Gelenke mit dem Hörrohr behört und dabei merkwürdige akustische Wahrnehmungen gemacht. Es ist möglich, dass diese Prüfungsmethode im Verein mit anderen bei der Erforschung der Gelenkkrankheiten von Wert sein wird. Schliesslich wurde mitgeteilt, dass in der medizinischen Poliklinik der Universität Würzburg eine neue Röntgenmethode dazu benutzt wurde, die Veränderungen des Herzvolumens und des Blutkreislaufs durch körperliche Arbeit zu beobachten. Man will festgestellt haben, dass das gesunde Herz nach körperlicher Anstrengung bis zu einem Fünftel verkleinert wird, wobei sich die Verkleinerung etwa eine halbe Stunde nach der jeweiligen Anstrengung noch stärker auswirken soll als unmittelbar nach dem Ende der Anstrengung. Das Schlagvolumen, d.h. die vom Herzen beförderte Blutmenge, wird unmittelbar nach der Arbeit grösser. Wahrscheinlich wird das im Herzen befindliche Reserveblut bei jeder körperlichen Anstrengung in Umlauf gesetzt und dann die Herzgrösse entsprechend dem verringerten Blutinhalte verkleinert.

+ + +

Internationale Flugpost. In Brüssel wird Ende Mai eine Konferenz der verschiedenen grossen europäischen Luftfahrtgesellschaften stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie Beratungen über Fragen des intereuropäischen Flugpostwesens; u.a. will man sich mit der Aufstellung eines gemeinsamen Fahrplanes, der Standardisierung des Tarifwesens und dem Ausbau des Nachtverkehrs beschäftigen. Ausserdem ist nach dem Vorbild der Berner Konvention die Gründung eines vermutlich in Brüssel stationierten Internationalen Flugpostbüros in Aussicht genommen.

+ + +
Lebenslänglich Zuchthaus. Das Schwurgericht Düsseldorf verurteilte einen Arbeiter Bischoff wegen Sittlichkeitsverbrechen mit Todeserfolg, begangen an einem minderjährigen Knaben, zu lebenslänglichem Zuchthaus. Der Täter, der im Jahre 1921 wegen eines Sittlichkeitsverbrechens sechs Jahre Zuchthaus erhielt, hat kurz nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt einen Knaben in seine Wohnung gelockt und ihn bei einem Sittlichkeitsverbrechen getötet. Seine Verurteilung erfolgte erst jetzt, weil es ihm gelungen war, vier Jahre hindurch den Irren zu spielen.

+ + +
Europaflug 1932. An dem Europaflug 1932 beteiligt sich Deutschland mit 16 Flugzeugen, Frankreich mit 7, Italien mit 7, Polen mit 6, die Tschechoslowakei mit 7 und die Schweiz mit 2.

+ + +
Flugzeugkatastrophe. Im südfranzösischen Kriegshafen Toulon stiess ein Marineflugzeug beim Niedergehen auf dem Landungssteg eines Flugzeugmutter-schiffs gegen einen Mast und stürzte ins Wasser. Der Pilot verunglückte tödlich.

+ + +
Eine Abrüstungsbriefmarke. Die französische Postverwaltung beschloss die Herausgabe einer Briefmarke, die die Friedensidee versinnbildlichen soll. Die Marke wird wahrscheinlich als Symbol des Friedens einen Olivenzweig zeigen. Die Friedensmarken sollen die Werte von 30 Centimes bis 1,50 Franc umfassen.

+ + +
Millionenschiebung. In Düsseldorf wurde der Vertreter einer grossen holländischen Bank und einer seiner Helfershelfer verhaftet; ihr Vermögen ist beschlagnahmt worden. Die Verhafteten werden beschuldigt, hochwertige deutsche Effekten und Obligationen (u.a. Reichsbahnbonds, Reichsbankanteile und I.G. Farben Aktien) in Höhe von mehreren Millionen Mark vom Ausland nach Deutschland gebracht und durch kleinere Banken in Berlin und im Rheinland verkauft zu haben; der Erlös soll dann wieder ins Ausland verschoben worden sein. Die Ermittlungen der Behörden erstrecken sich über das ganze Reich. Im übrigen werden von der Düsseldorfer Stelle für Devisenbewirtschaftung wegen weiterer Kapitalschiebungen noch zahlreiche andere Personen gesucht.

+ + +
"Verwahrloste Schafe". In der Freitag-Sitzung im Berliner Sklarek-Prozess erklärte der Angeklagte Willi Sklarek: "Herr Vorsitzender! Ich möchte Sie um einen Rat bitten. Wir sitzen hier wie verwahrloste Schafe. Unsere Verteidiger kommen nicht mehr. Bisher haben unsere Freunde sie bezahlt. Wir haben kein Geld, sie zu bezahlen. Was sollen wir machen?" Der Vorsitzende konnte dem Angeklagten keinen positiven Rat geben; der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte es vorbeugend als "geradezu himmelschreiend, wenn die Angeklagten Sklareks jetzt auch noch auf Staatskosten eine Verteidigung gestellt erhielten". Der Fall einer notwendigen Verteidigung liegt nach Ansicht des Staatsanwalts nicht vor; die Staatsanwaltschaft empfindet es schon "als eine grosse Unbilligkeit, dass die angeklagten Beamten, die die Stadt Berlin geschädigt haben, Offizialverteidiger erhalten haben."



SA und Arbeitsdienst.

Bedenkliche Vorschläge.

SPD. Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen sind aufgelöst. In der Öffentlichkeit wird jetzt die Frage aufgeworfen: was geschieht mit den arbeitslosen Leuten, die bisher in den SA-Heimen ein Unter- und Auskommen hatten? Diese Frage ist verständlich; denn niemand soll auf der Strasse liegen bleiben. Trotzdem berührt die vor allem bei der Rechtspresse zu beobachtende grosse Sorge um das Schicksal der SA-Leute etwas peinlich. Wenn es sich um die grosse Masse der Arbeitslosen handelt, dann ist bei der gleichen Presse von einer solch rührenden Fürsorge weniger zu entdecken. Dieselben Herrschaften, deren Sorge um die Masse der Arbeitslosen so weit geht, dass sie jetzt sogar die Arbeitslosenversicherung vollends zerschlagen und den Arbeitslosenschutz noch unter die frühere Armenunterstützung herunterdrücken wollen, bestürmen die Regierung, alles aufzubieten, damit die arbeitslosen SA-Leute so schnell wie möglich wieder eine Bleibe finden.

Die Versorgung der SA-Leute wird vor allem aus staatspolitischen Gründen gefordert. Man betont, es handle sich hier nicht nur um die Auflösung einer Organisation, sondern um das Problem, ob Hunderttausende von jungen, zum grössten Teil arbeitslosen Leuten, die in den SA-Formationen eine Existenzgrundlage fanden, dem Elend und der Anarchie preisgegeben werden dürften. Wohl sei durch die Durchführungsverordnung zur Auflösung bestimmt, dass die Mitglieder der aufgelösten Abteilungen nicht der Obdachlosigkeit ausgesetzt werden sollen, und dass ihr Lebensunterhalt für die Uebergangszeit sichergestellt werden solle, allein es müsse auch über die Uebergangszeit hinaus gedacht werden.

Als Versorgungsmöglichkeit nach der Uebergangszeit wird eine Beschäftigung im Freiwilligen Arbeitsdienst vorgeschlagen, dessen Erweiterung auf der Tagesordnung der Kabinettsberatung stehe. Auch von den anderen Wehrverbänden wie dem Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden hätten zahllose junge erwerbslose Mitglieder im Freiwilligen Arbeitsdienst eine Betätigung gefunden. Man solle daher überlegen, ob die Mitglieder der aufgelösten Sturmabteilungen nicht ebenfalls dem Arbeitsdienst zugeführt werden können. Dies sei nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch ein Gebot staatsmännischer Klugheit.

Ein gut gemeinter, aber gefährlicher Vorschlag. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn einzelne SA-Leute da und dort im Freiwilligen Arbeitsdienst Betätigung finden. Die gesamte SA jedoch dem Freiwilligen Arbeitsdienst zuzuführen, das wäre ein höchst bedenkliches Unterfangen. Man würde auf diese Weise dem Freiwilligen Arbeitsdienst regelrecht eine Laus in den Pelz setzen und praktisch Hitlers Sturmabteilungen einfach von der Stadt aufs Land verpflanzen. Die Übernahme der grossen Masse der SA-Mitglieder in den Freiwilligen Arbeitsdienst würde sehr wenig staatsmännische Klugheit verraten.

SA im Freiwilligen Arbeitsdienst - das ist auch nach den Bestimmungen der Verordnung über die Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes vom 23. Juli 1931 eine glatte Unmöglichkeit. Im Artikel 2 der Verordnung heisst es ausdrücklich:

„Eine Förderung ist nur zulässig, wenn die Gewahr dafür besteht, dass die Zusammenfassung von Arbeitsgruppen im freiwilligen Arbeitsdienst nicht für poli-

tische oder staatsfeindliche Zwecke missbraucht wird."

In den Richtlinien zur Durchführung der Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst betont der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ausdrücklich: "Als Träger des Dienstes kommen alle Vereinigungen in Betracht, die für ordnungsmässige Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Rahmen dieser Verordnung Gewähr bieten, gleichgültig, welche Zwecke sie sonst verfolgen. Dagegen sind nach Artikel 2 von vornherein solche Verbände und Arbeitsgruppen auszuschliessen, hinsichtlich deren begründete Annahme besteht, dass sie den freiwilligen Arbeitsdienst zu politischen oder staatsfeindlichen Zwecken missbrauchen werden."

Gegenüber den Nazis besteht wahrhaftig genügend begründete Annahme, dass sie den Freiwilligen Arbeitsdienst bestimmt zu politischen oder staatsfeindlichen Zwecken missbrauchen werden. Die SA-Leute können daher unmöglich als geschlossene Gruppen in den Arbeitsdienst übergeführt werden. Es kann aber auch nicht geduldet werden, dass die Masse der SA unter irgendwelchen Deckmantel in den Freiwilligen Arbeitsdienst tritt und diesen zum Werkzeug ihrer politischen Pläne macht. Man muss damit rechnen, dass der Versuch gemacht wird, irgendwelche "Volkswohl"-Organisationen aufzuziehen, die unter möglichst harmlos klingenden Namen als Träger des Dienstes empfohlen werden. Gegenüber allen derartigen Machenschaften muss rechtzeitig Klarheit und Sicherheit geschaffen werden.

Der SA-Arbeitslose soll nicht verhungern. Aber warum soll er bevorzugt versorgt werden? Auch die andern Arbeitslosen hungern und möchten gerne Arbeit haben. Wir verstehen nicht, warum die SA-Arbeitslosen jetzt nach der Auflösung plötzlich mehr hungern sollen als die andern Arbeitslosen. Wollen denn die Menschenfreunde, die bisher die Kosten für die Verpflegung in den SA-Heimen getragen haben, nun plötzlich nichts mehr geben, weil die SA-Leute nur noch Arbeitslose sind? Allem Anschein nach ja. Für SA-Söldner ist Geld da, für SA-Arbeitslose anscheinend nicht! Für die SA-Arbeitslosen darf die Allgemeinheit sorgen, weil Hitlers Geldgeber nur für sich selbst etwas übrig haben. Für die Finanzierung des Terrors haben die Finanziere der Hitlerbewegung Geld in Hülle und Fülle. Für die Stillung des Hungers armer SA-Arbeitsloser haben sie nichts übrig. Wenn die Drahtzieher der Hitlerbewegung wollen, dann braucht auch jetzt kein SA-Mann zu hungern. Wenn die SA-Leute wirklich hungern müssen, dann können sie klar erkennen, dass ihre Führer für sie als Menschen nie etwas übrig gehabt haben.

SPD. Am Sonnabend tritt in Genf eine internationale Gewerkschaftskonferenz zusammen, die vom IGB einberufen worden ist. Der Zweck der Konferenz, auf der vor allem auch aussereuropäische Länder vertreten sind, besteht in der Aufklärung der Weltarbeiterschaft über den Weg zu einer möglichst einheitlichen Bekämpfung der Krise. Die ganze Welt ist von furchtbarer Arbeitslosigkeit heimgesucht. Aus allen Weltteilen werden Arbeitslosenunruhen gemeldet. Heute besteht kein Raum mehr für die Hoffnung, dass es einem einzelnen Lande gelingen könnte, sich aus der Umstrickung der Krise mit eigener Kraft zu lösen. Nur umfassende und systematische internationale Massnahmen können eine Wendung zum Besseren bringen. Die Konferenz wird geleitet von dem Vorsitzenden des IGB Citrine (Grossbritannien). Den Bericht über die Stellung der organisierten Arbeiterklasse zur Lösung der Weltwirtschaftskrise und Weltarbeitslosigkeit erstattet Generalsekretär Schevenels. Die Forderungen und Anstrengungen der Gewerkschaften aller Länder sollen nach Möglichkeit vereinheitlicht und zusammengefasst werden, damit die internationalen Aktionen im Kampf um die Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung mehr Wucht und Wirkung erhalten.

Die Einberufung der Konferenz nach Genf darf als glücklicher Schritt des

IGB betrachtet werden; denn die Gewerkschaftstagung gibt der ebenfalls zur Zeit dort tagenden Internationalen Arbeitskonferenz ein besonderes Gepräge und ist infolge der Zusammenlegung mit der Tagung der Arbeitskonferenz nur mit verhältnismässig geringen Kosten verknüpft.

SPD. Was erwartet das Deutsche Reich von Frankreich? Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf diese von "Revue Politique et Parlementaire", einer in Paris erscheinenden angesehenen Zeitschrift, an ihn gerichtete Frage eine beachtenswerte Antwort gegeben. Leipart bemerkt, dass er zwar nicht namens des Reiches sprechen könne, wohl aber für seine Person, und damit könne er die Meinung der gesamten deutschen Gewerkschaften wiedergeben.

"Die deutschen Gewerkschaften," so erklärt Leipart, "sehen in den Reparationen eine ständige, von Jahr zu Jahr zunehmende, Gefahr für den Frieden und den wirtschaftlichen Wohlstand der Welt. Sie haben sich niemals dem Gedanken verschlossen, dass die grosse Aufgabe der endgültigen Liquidierung des Krieges die an ihm beteiligten Völker, Sieger wie Besiegte, veranlassen müsste, die aus ihm entstandenen Lasten zu gleichen Rechten und Pflichten auf sich zu nehmen, um durch ein solidarisches Zusammenwirken eine politische und wirtschaftliche Befriedung der Welt herbeizuführen. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften sich seit über einem Jahrzehnt für eine Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden eingesetzt, obwohl ein rechtlicher Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden nicht anerkannt werden kann."

Die Machtpolitiker wie die Nationalökonomien, betont Leipart, hätten sich als gleich schlechte Psychologen erwiesen. Sie hätten übersehen, dass die grosse Tatsache der Reparationen unaufhaltsam eine Atmosphäre wachsenden Misstrauens zwischen den Völkern schaffe. Das Misstrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse zerstöre aber die Kreditbeziehungen. Ohne eine Ueberwindung des Misstrauens sei daher eine Festigung des Kreditystems unmöglich. Der Kredit sei aber die Grundlage der modernen Wirtschaft. "Das Vertrauen wird nicht wiederkehren, wenn nicht die sichtbarsten Zeichen des nachwirkenden Geistes des Krieges, die Reparationen, aus der Welt geschafft werden. Der Protest gegen die Zahlungen wird in Deutschland nicht mehr zur Ruhe kommen, weil die Auflehnung gegen ihre moralische Begründung der Ueberzeugung des ganzen Volkes entspricht. Ohne ihre Beseitigung kann daher weder der politische noch der wirtschaftliche Friede der Welt gesichert werden. Ohne sie ist vor allem die Vorbedingung für einen dauernden Frieden Europas nicht zu erreichen: die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland."

"Die deutschen Gewerkschaften", so schliesst Leipart seine Antwort, "haben wiederholt an die politische Einsicht der Regierungen der Grossmächte appelliert, endlich einen Schlusstrich unter die Reparationen zu ziehen. Sie erkennen aber selbstverständlich an, dass die Anleiheverpflichtungen eingehalten werden müssen. In diesem eindeutigen Sinne fordern sie eine endgültige Regelung des Reparationsproblems, und sie erwarten von Frankreich, dass es die sachlichen Gründe für diese Haltung anerkennen und ihnen Rechnung tragen möge."

SPD. Der vor kurzem gefällte Schiedsspruch für das Berliner Baugewerbe, der eine neue Lohnkürzung von zehn Prozent ab 1. Mai vorsieht, ist von den Arbeitern und den Unternehmern abgelehnt worden.



Preussenwahl und Landwirtschaft.

Hitler erklärt: Ihm liegt nichts an dem Wohlergehen der Landwirtschaft!

SPD. Jetzt, vor den Preussenwahlen, will man dem Landvolk wieder einreden, dass nur eine Rechtsregierung die Lage der Landwirtschaft bessern könne. Wer steht hinter dieser Agitation? Nur jene Leute, die abermals den Abbau von Löhnen und Gehältern fordern. Alle ihre sonstigen Forderungen sind nur schmückendes Beiwerk, um ihre Anhänger über das tatsächliche Ziel ihrer Politik hinwegzutäuschen. Hauptsache ist der weitere Lohn- und Gehaltsabbau. Das ist aber für die Landwirtschaft von grösster Bedeutung.

Liegt eine abermalige Senkung des Einkommens der breiten Massen der städtischen Bevölkerung im Interesse der gesamten Landwirtschaft? Den Grossgrundbesitzern, die vor allem Roggen und Kartoffeln verkaufen, ist freilich die Kaufkraft der Arbeiter gleichgültig. Kartoffeln und Roggenbrot werden immer gegessen, selbst wenn der Lohn noch so niedrig ist. Und Herrn Hitler sind die Folgen seiner Agitation erst recht vollkommen gleichgültig. Hat er doch selbst erklärt, dass ihm an dem Wohlergehen der Landwirtschaft nichts liege, solange nicht mit Hilfe der Bauern das Dritte Reich in seiner Herrlichkeit entstanden ist. Dagegen hat der weitaus überwiegende Teil der Landwirtschaft ein bleibendes Interesse an dem Wohlergehen der städtischen Bevölkerung. Besonders jetzt, wo wir uns immer mehr dem Zeitpunkt nähern, wo unsere Ernährung vom Ausland völlig unabhängig wird, ist die Landwirtschaft im stärksten Masse auf Gedeih und Verderben mit dem Schicksal der städtischen Bevölkerung verbunden.

Warum ist seit 1928 das Einkommen der Landwirtschaft aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse von 9,3 auf 6,6 Milliarden Mark zurückgegangen, obwohl die Zölle andauernd erhöht worden sind? Nur, weil das Einkommen der Angestellten, Arbeiter und Beamten in der gleichen Zeit von 45 auf 28 Milliarden Mark gesunken ist.

Die Nazi und der Landbund sagen nun, die Zölle seien noch nicht hoch genug; aber sie verschweigen dabei, dass sich die jetzigen Zölle in den Inlandspreisen gar nicht mehr voll auswirken und dass darum Zollerhöhungen keinen Sinn mehr haben.

Weizen kostet auf dem Weltmarkt 100 Mark pro Tonne, der Zoll beträgt 250 Mark, so dass eigentlich der Weizen in Deutschland 350 Mark kosten müsste. Tatsächlich beträgt der Weizenpreis aber nur 250 Mark.

Schweine kosten in Polen 18 Mark je Zentner, der Zoll beträgt 40 Mark; also müssten in Deutschland die Schweine 48 Mark kosten. Tatsächlich beträgt der Preis für die Schweine nur 38 Mark.

Es ist also eine lächerliche Lüge, wenn behauptet wird, dass durch weitere Erhöhungen der Zollmauern oder durch andere Absperrmassnahmen der Landwirtschaft geholfen werden kann.

Die Einfuhr an Nahrungsmitteln ist seit 1928 von 3,7 auf 1,4 Milliarden Mark zurückgegangen. Jede weitere Drosselung der Einfuhr durch staatliche Massnahmen schädigt unsere industriellen Absatzmöglichkeiten im Ausland, was unweigerlich zu einer Verstärkung der Arbeitslosigkeit führen muss.

Die jetzige schlechte Lage der Landwirtschaft rührt von der Massenarbeits-

losigkeit und dem Lohnabbau her, weil durch sie die Kaufkraft für landwirtschaftliche Erzeugnisse besonders für die hochwertigen Nahrungsmittel wie Butter und Fleisch verringert worden ist. Und diesen für die Landwirtschaft so verheerenden Lohnabbau wollen die Nazi, der Landbund und die andern Rechtsparteien noch fortsetzen.

Aus den obigen Preisvergleichen ist auch zu ersehen, was das "System" für die Landwirtschaft getan. In Polen kosten die Schweine 18 Mark, in Deutschland 38 Mark je Zentner. Durch Erhöhung des Schutzes für die Landwirtschaft ist alles überhaupt nur Mögliche getan worden und zwar unter Mitarbeit der Sozialdemokratie. Dagegen haben die Nazis die für die Landwirtschaft geleistete Arbeit sabotiert, in dem sie aus dem Reichstag davongelaufen sind, weil man ihren Krakeel nicht mehr mit anhören wollte.

Und was ist in Preussen für die Landwirtschaft getan worden? Die Nazi und der Landbund behaupten: Nichts! Obwohl sie ganz genau wissen, dass das republikanische Preussen mehr Mittel zur Unterstützung der Landwirtschaft aufgebracht hat als das königliche Preussen der Vorkriegszeit. In den Jahren 1924 bis 1930 sind von Preussen in einer grossen Zahl von Anleihegesetzen für die Landwirtschaft 676 Millionen bewilligt worden. Dazu kommt ein Zuschuss zum Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung, der 1930 = 74 Millionen betrug, 1913 dagegen 37 Millionen Mark. Für Meliorationen wurden allein von 1927 bis 1930 = 134 Millionen an Krediten und Beihilfen, also 34 Millionen jährlich ausgegeben, während 1913 nur die Hälfte, also 17 Millionen zur Verfügung gestellt wurden.

Ausserdem wurden 2 558 Wasser- und Bodenverbesserungsgenossenschaften in den Jahren 1921 bis 1929 neu gebildet. Die Arbeiten, die noch geplant sind, umfassen 680 000 ha mit einem Kostenaufwand von 212 Millionen Mark. Zur Verbesserung der Wasserverhältnisse im Warthe-Netzbruch sollen jetzt nicht rückzahlbare Beihilfen in Höhe von 4,7 Millionen Mark gewährt werden, wenn die Provinzen ebenfalls 3,3 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Dies ist nur eine kleine Auslese aus den Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft, die vom preussischen Staate geleistet wurden. Diese Leistungen sind auch von den Deutschnationalen anerkannt worden. Ihr Abgeordneter Weisermel erklärte, "dass durch die Regulierungsgesetze an Vorbeugungsmassregeln eine ganze Menge geschehen sei". Nichts desto weniger hetzen sie jetzt gemeinsam mit den Nazis gegen die preussische Regierung, dass für die Landwirtschaft nicht genügend gesorgt würde.

Die Landwirtschaft hat aber in der ganzen Nachkriegszeit stets im Reich und in Preussen Unterstützung gefunden. Dass es ihr jetzt schlecht geht, wird von niemandem bestritten. Ihre Lage kann aber nicht mehr durch Steigerung der staatlichen Unterstützungen gebessert werden. Dies ist allein nur durch eine Wirtschaftspolitik möglich, die dafür sorgt, dass die Kaufkraft der breiten Massen der Verbraucherschaft wieder steigt. Nur so kann das Einkommen der Landwirtschaft erhöht werden, weil nur bei ausreichenden Löhnen und Gehältern die Arbeiter und Angestellten ausreichende Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zahlen können. Es besteht eine absolute Interessensolidarität zwischen Erzeuger und Verbraucher, und nur eine Partei, die für die Besserstellung der Verbraucher eintritt, kann der Landwirtschaft auch wahrhaft helfen. Diese Partei ist aber allein die Sozialdemokratie.

SPD. Der Aufsichtsrat der Main-Kraftwerke A.-G. in Frankfurt/Main-Höchst hat beschlossen, der auf den 9. Mai einberufenen Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1931 eine Dividende von 4 Prozent auf das Aktienkapital von 22,4 Millionen Mark vorzuschlagen.

SPD. Der Aufsichtsrat des Schultheiss-Patzenhofer-Konzerns lässt sich mit der Aufstellung seiner Reinigungsbilanz mehr Zeit, als es für den guten Ruf des Unternehmens dienlich ist. Auf der Sitzung, die am Freitag in Berlin stattfand, beschäftigte sich der Aufsichtsrat, wie eine Verwaltungserklärung besagt, "mit vorbereitenden Arbeiten" für die endgültige Feststellung der Bilanz. Die Generalversammlung soll erst auf Ende Mai oder Anfang Juni einberufen werden. Als seinerzeit der Skandal um Katzenellenbogen aufgedeckt wurde, hiess es, dass man voraussichtlich noch im Januar die bereinigte Bilanz fertiggestellt haben würde. Inzwischen ist es Mitte April geworden und der Aufsichtsrat beschäftigt sich noch "mit vorbereitenden Arbeiten". Eine Tatsache, die geeignet ist, alles andere als einen guten Eindruck hervorzurufen.

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine berechnet den Ernährungsindex für den Monat März 1932, 1926 = 100 gesetzt, mit 78 gegenüber 78,1 im Februar 1932 und 88,7 im März 1931. Rechnet man den amtlichen Index nach der Methode des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine um, so ergibt sich die Kennziffer 79,2. Ein Beweis dafür, dass die Konsumvereine billiger sind als der Privathandel.

SPD. Die Bilanz des deutschen Aussenhandels im Monat März weist eine Einfuhr von 363,6 Millionen Mark auf, der eine Ausfuhr ohne Reparationslieferungen im Werte von 516 Millionen gegenübersteht. Einschliesslich der Sachlieferungen auf Reparationskonto erhöht sich die Ausfuhr im März auf 527 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuss, der im Februar nur 86 Millionen betrug, hat sich somit also auf 152 Millionen Mark verbessert. Unter Einrechnung der Reparationen beträgt der Ausfuhrüberschuss 163 gegenüber 97 Millionen im Februar.

Die erhebliche Steigerung des Ausfuhrüberschusses im März könnte auf den ersten Blick den Anschein erwecken, als ob die Entwicklung des deutschen Aussenhandels nach der scharfen Drosselung der letzten Monate eine Wendung zum Besseren genommen hätte. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der höhere Exportüberschuss ist nicht durch eine Steigerung der Ausfuhr, sondern nur durch ein ausserordentlich scharfes Absinken der Einfuhr entstanden. Der Export, der erfahrungsgemäss im März einen saisonmässigen Aufschwung zu nehmen pflegt, ist im Berichtsmonat nicht nur nicht gestiegen, sondern gegenüber dem Februar sogar noch um 10 Millionen Mark gesunken. Allerdings spricht hier ein weiteres Sinken der Exportpreise mit, sodass mengenmässig in der deutschen März-ausfuhr kaum eine Verschiebung gegenüber dem Februar eingetreten ist. Die Einfuhr dagegen ist im März geradezu katastrophal gesunken. Der Umfang der Importe nach Deutschland, besonders der Rohstoffeinfuhren, stellt stets ein gutes Barometer für den Beschäftigungsgrad der verarbeitenden Industrie in Deutschland dar. In der Entwicklung der Einfuhr, die im Berichtsmonat von fast 440,8 auf 363,6 Millionen Mark, also um 17,5 Prozent gesunken ist, kommt der noch nicht zum Stillstand gelangte Schrumpungsprozess der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck. Der Gesamtumsatz des deutschen Aussenhandels, also Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet, beträgt im März 1932 nur noch 866 Millionen, während das Volumen des Aussenhandels im Monatsdurchschnitt 1931 noch 1 360 Millionen und 1930 sogar noch 1 869 Millionen ausmachte. Der Schwund der Aussenhandelsumsätze Deutschlands beträgt also seit 1930 rund 52 Prozent.

SPD. Von Tag zu Tag nimmt der Skandal um den Kreugerkonzern grössere Ausmasse an. Es zeigt sich jetzt ganz offensichtlich, dass der berühmte Zündholzkönig seine Macht mit den bedenkenlosesten Mitteln aufgebaut hat und bei der Durchsetzung seiner Ziele auch vor den ärgsten wirtschaftlichen Verbrechen nicht zurückgeschreckt ist.

Das Tollste vom Tollen ist die jetzt bekannt gewordene Fälschung von italienischen Schatzanweisungen im Werte von 300 Millionen Kronen. Dieses ungeheuerliche Betrugsmanöver dürfte in der Finanzgeschichte noch kein Beispiel haben. Wie jetzt aus Kreisen des Kreugerkonzerns bestätigt wird, sind die gefälschten italienischen Staatspapiere auch zu finanziellen Transaktionen verwendet worden und zwar hat Ivar Kreuger einen umfangreichen Posten dieser gefälschten Wertpapiere seiner grössten amerikanischen Tochtergesellschaft, der International Match Corporation, im Austausch gegen deutsche Staatsanleihen in den Tresor gegeben.

Noch haben sich die grossen internationalen Börsen von dem Schreck, den diese grandiose Fälschung hervorgerufen hat, nicht erholt, da wird bereits bekannt, dass der Zündholzkönig auch bei seinem Berliner Grundstücksbesitz Riesenschiebungen vorgenommen hat. Aus guter Stockholmer Quelle verlautet, dass Ivar Kreuger Grundstückshypotheken im Werte von etwa 100 Millionen Kronen doppelt beliehen habe und zwar mit Hilfe von ganz raffinierten Fälschungen. Unterdes wächst die Liste der Kreugeropfer von Tag zu Tag. Die International Match Corporation, ein Unternehmen, das mit 270 Millionen Mark arbeitete, ist durch das System Kreuger'scher Betrügereien völlig ausgehöhlt worden, und es musste bereits eine besondere Kommission zur Stützung und Verwaltung des Unternehmens eingesetzt werden. In Stockholm ist ein Bankhaus, das ausschliesslich mit dem Kreugerkonzern arbeitete, in Konkurs gegangen. An der Pariser Börse laufen Gerüchte von ungeheuerlichen Verlusten um, die die französische Finanzwelt an Kreuger'schen Papieren und internationalen Aktionen des Kreugerkonzerns verloren haben soll. So viel ist sicher, dass mit der weiteren Klärung der Dinge der internationalen Finanzwelt noch sehr peinliche Enthüllungen bevorstehen. Wenn Deutschland auch direkt vielleicht am wenigsten von den Folgen dieses Wirtschaftspiratentums in Mitleidenschaft gezogen wird, so werden die indirekten Wirkungen, die sich in einer neuen internationalen Vertrauenskrise auf den Kapitalmärkten äussern, auch für die deutsche Wirtschaft schwere Rückschläge nach sich ziehen.

SPD. Ein gigantischer Zusammenbruch erschüttert neuerdings die New Yorker Börse. Es handelt sich um den Insull-Konzern, eine der mächtigsten Kapitalgruppen von Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaften in USA. Die Insolvenz dürfte sich zu einer Milliardenpleite auswachsen und man spricht heute schon in amerikanischen Finanzkreisen von dem grössten Zusammenbruch, der jemals die amerikanische Wirtschaft getroffen hat.

SPD. Der Zementabsatz hat im Zusammenhang mit dem völlig daniederliegenden Baugewerbe im Laufe dieses Winters einen Rekordtiefstand erreicht. Jetzt ist im März erstmalig eine Belebung eingetreten und zwar hat der Versand sich mit 184 000 Tonnen gegen 97 000 Tonnen im Februar nahezu verdoppelt. Im Vergleich mit dem März 1931, der eine Versandziffer von 306 000 Tonnen aufwies, bleibt der Absatz im Berichtsmonat aber immer noch um 40 Prozent zurück.

Steigende Weizenpreise.

(Berliner Getreidebörse vom 15. April)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Freitag die Tendenz für Weizen wieder merklich befestigen. Vielfach herrschte die Ansicht vor, dass bei der angespannten Devisenlage die Einfuhr von ausländischem Weizen sich recht schwierig gestalten wird, so dass sich vermehrte Kauflust für deutsche Ware zeigte. Da das Angebot in Weizen knapp blieb, konnten die Preise für Lokoware um 2 Mark anziehen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Preise entsprechend in die Höhe. Nur für Herbstlieferungen zeigte sich noch kein Interesse. Der Roggenmarkt blieb weiter leblos. Eine Notiz für prompte Inlandware erfolgte auch am Freitag noch nicht, und am Markte der Zeitgeschäfte waren die Kurse, soweit solche zustande kamen, unverändert. Am Mehlmarkt hatte sich die festere Stimmung für Weizen noch nicht ausgewirkt. Die Umsatzfähigkeit hielt sich hier in Grenzen und die Preise blieben unverändert. Für Roggenmehl war die Tendenz leblos bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer hatte gut stetige Tendenz und konnte bei kleinem Angebot und normaler Kauflust seine Preislage gleichfalls befestigen.

	<u>14. April</u>	<u>15. April</u>
	(ab märkische Station Mark)	
Weizen	260 - 262	262 - 264
Roggen	-	-
Braugerste	190 - 195	190 - 195
Futter- und Industrieroggen	180 - 190	180 - 190
Hafer	164 - 169	165 - 170
Weizenmehl	31,50 - 35,25	31,50 - 33,25
Roggenmehl	26,40 - 27,75	26,40 - 27,75
Weizenkleie	11,60 - 11,85	11,60 - 11,85
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 273-273 $\frac{3}{4}$ (Vortag 271 $\frac{1}{2}$), Juli 277-277 $\frac{1}{2}$ (275), September 227 $\frac{1}{2}$ -228 und Brief (227). Roggen Mai - bis 195 $\frac{1}{2}$ (195 $\frac{1}{2}$), Juli - bis 197 $\frac{1}{2}$ (197 $\frac{1}{2}$), September 187-186 $\frac{1}{2}$ (186 $\frac{1}{2}$), Hafer Mai 176-176 $\frac{1}{2}$ (175 $\frac{1}{2}$), Juli 182 und Brief (180 $\frac{3}{4}$).

Berliner Viehmarkt.

(15. April.)

SPD. Der geringe Auftrieb auf dem Rindermarkt hatte bei ziemlich lebhafter Nachfrage Preissteigerungen zur Folge. Besonders knapp war das Angebot an Mastochsen, die stark gefragt blieben. Auf dem Kälber-Hammel- und Schweine- markt war ausreichendes Angebot vorhanden, sodass hier, besonders bei Schweinen, die Preise nachgaben. Für Hammel herrschte lebhaftere Auslandsnachfrage.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) = (-), b) (240-300 Pfd.) 37-38 (39-40), c) (200-240 Pfd.) 36-37 (38-40), d) (160-200 Pfd.) 34-35 (36-37), e) (120-160 Pfd.) 31-32 (33-35), Sauen 33-34 (35-36), Schafe: b) 35-37 (37-38), c) 32-34 (32-36), d) 20-30 (20-30). Kälher: b) 52-60 (55-62), c) 30-50 (32-54). d) 18-25 (18-30). Kühe: a) 24-27 (23-26), b) 20-24 (19-23), c) 16-19 (17-18), d) 13-15 (12-14).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Ein ganz gefährlicher Mensch.

SPD. An einem Abend im April - die Büsche hatten Knospen angesetzt - sass in den Wallanlagen ein Mann auf einer Bank, ein schlimmes Individuum, ein ganz gefährlicher Mensch. Der hatte gewiss gestohlen. Von Zeit zu Zeit sah er unter seine Jacke; da hatte er es versteckt. Wenn das nur nicht Juwelen waren! Alle Leute sahen sich nach ihm um und nahmen ihn aufs Korn. Uebrigens schien er einen Schwips zu haben. Auch das noch! Sonst hätte er sich wohl auch nicht mit seinem Raube hierhin in die Anlagen gesetzt, wo der Verkehr der Grosstadt, nur durch ein Rasenstück getrennt, vorüberbraust.

Es dauerte nicht lange, da kam ein Polizist in eiligem Schritte vom Stephansplatze herauf. Ihm folgten etliche Bürger. Die hatten ihn geholt. Im Handumdrehen war es schwarz von Menschen. Die Elektrische musste halten.

"Was machen Sie hier?" fuhr der Polizist den Kerl an.

Der war ganz bleich geworden und gab sich Mühe, zu vertuschen, dass er et was unter der Jacke hielt. Damit fiel er aber gründlich herein. Der Polizist hatte ihn schon beim Kragen. "Stehen Sie auf!" sagte er. "Kommen Sie mit!"

Da grinste der Mensch den Polizisten noch frech an.

"Marsch! Aufstehen!" Ein paar beherzte Bürger sprangen herzu und halfen. Man schlug den Stromer vorsichtshalber erst einmal auf den Kopf.

Da fauchte der Kerl den Polizisten an: "Was wollen Sie denn von mir? Machen Sie doch keinen Quatsch!"

"Was?" schrie der Polizist. "Ich Quatsch?! - Sie haben wohl 'n Vogel?!"

Der Alte lachte und zwinkerte mit den Augen. "Ja," sagte er. "Ja, 'n Vogel. Hab' ich auch. Wollen Sie 'n mal sehen?" Und er zeigte eine Amsel unter seiner Jacke, hielt sie aber zärtlich fest. "Sehen Sie mal!" sagte er. "Kommt man alle ran! So ein Tier - was? Drollig!" dabei liefen ihm Freudentränen über die Backen. "Flog mir so batz in 'n Arm. Ludjen, denk' ich, die nimmst du dir mit. Singen kann die ja!" So plapperte er übergücklich und hob seinen Hut auf, den man ihm vom Kopfe geschlagen hatte. "Sie meinten wohl, meine Herrschaften, ich hätt' gestohlen? Iwo - mach' ich nicht; das sieht bloss so aus. Ihr könnt sie gern mal sehen; kommt man her!"

Allen Leuten wollte er die Amsel zeigen. Aber die wollten sie garnicht sehen. Sie gingen schon fort. Wenn's weiter nichts war.....

"Lassen Sie das Tier doch fliegen!" - sagte einer entrüstet.

"Natürlich! Tierquälerei ist das!" sagte ein anderer. "Unerhört, was sich dies Volk herausnimmt!"

Da sah der Alte sich ratlos im Kreise um. Er wollte dem Tier doch garnichts tun. Not sollte die Amsel nicht leiden, ganz gewiss nicht. Weil er nun aber ein armer Mensch war, der garnichts hatte, glaubte er schliesslich selbst, er hätte Unrecht getan.

"Los!" kommandierte der Polizist. "Lassen Sie das Tier fliegen! Es ist verboten, hier in den Wallanlagen Vögel zu fangen!"

Also war hier doch ein Verbrechen geschene. Sonst wär's ja auch rein gar nichts.

Dem Alten wollte es noch nicht in den Kopf. Sollte er sie wirklich fliegen lassen, seine kleine Amsel? Jawohl! Alle wollten es, und es waren Leute, von denen kein einziger je gestohlen hatte.

Da öffnete er seine Jacke. "Ja," sagte er, "ich soll dich nicht behalten. Sie sagen, ich soll dich fliegen lassen. Dann flieg' man zu....."

Husch, war sie weg.

Er sah mit leeren Blicken hinterher und trollte sich dann, während sich die Menschen verliefen, am Eisengitter des Botanischen Gartens entlang. Weg konnte er aber nicht. Als alles einsam war, kehrte er zurück und stierte durch das Gitter in den Garten.

Da sass die Amsel hoch oben in einer Buche und schmetterte ihr Locklied in den Frühlingsabend.

"Das ist sie," sagte der Alte mit verklärten Augen. "Da sitzt sie - da oben!" Er freute sich, dass seine Amsel so fröhlich sang. "Na - gut!" sagte er. "Bleib da!"

Er winkte am Gitter und schwenkte seinen schäbigen Hut. Passanten, die das sahen, zuckten die Achseln. "Der hat 'n Klaps!"

Sie holten zum Glück aber keinen Polizisten.

Wilhelm Plog.

Perlen nach Teheran.^x

SPD. Weit über Berge und durch Schluchten haben die Jahrtausende die Strasse gespannt. Ein oft zerrissenes, immer wieder geknüpfttes Band, zieht sie sich durch die Lande unter dem braunblauen Himmel der Orientnächte. "Die ewige Strasse der Suren" nennen Kamel- und Ochsentreiber sie noch heute, denn aus tausendmaltausend Schicksalen murmelten Korangläubige ihre letzten Suren gegen das fremd bleibende Firmament, und ihre Gräber säumen halbverweht den ganzen Weg von Trapezunt über Erzerum bis in das innerste Persien. Es ist einer der verwahrlostesten Wege der Welt, hier in scharfer Kurve einer Schlucht ausweichend, einen Berg umgehend, dort ansteigend, da abfallend, überall durch Abrutsche an den Seitenschluchten gefährdet.

Viele Male waren Mustaphas Füsse blutig schon bei Erzerum, dem Mittelpunkt der Strecke zwischen dem Meere und der persischen Grenze. Viele Male verendete hier ein krankes Tier oder ein schwacher Gefährte, und viele Male ritt Mustapha auf einem Kamel neben einem einzigen andern voll kostbarer Waren, allein mit dem Schweigen der Gipfel und Schluchten. Doch noch nie war er mit so viel Stolz über einen Auftrag unterwegs gewesen, wie jetzt, da er ein Last- und ein Reittier für den reichsten Kaufmann seiner Stadt mit einer Sendung Perlen nach Teheran führen sollte. Er lächelte, wenn er das hochbepackte Kamel neben sich anblickte: Grosse Ballen edlen Tabaks schichteten sich auf dem Rücken des Tieres; ein wohlgefüllter Wasserschlauch erhöhte noch den Umfang des Gepäcks. Kein noch so schlauer Wegelagerer oder ungetreuer Treiber würde je auf die Vermutung kommen, das Säckchen der schönsten Perlen unter Allahs Sonne in Mustaphas Wams zu suchen. Drei Unterkunftshäuser am Wege lagen schon hinter ihm. Während der letzten Nacht hatte er weder den Tieren noch sich Rast gegönnt. Bald mussten sich die Türme Erzerums gegen die Dämmerung abzeichnen.

Mustapha lebte schon etwa vierzig immer gleiche Jahre auf der Strasse der ewigen Suren zwischen Trapezunt und Teheran. Ein hübsches Sümchen lag nun bei seinem Freunde, dem Kaufmann Abdul Essid. Heute war er auf der letzten Wanderschaft. Mit der in Aussicht stehenden Belohnung würde sein Geld ausreichen für ein geruhames Lebensende.

In später Dämmerung - der Tag war seltsam neblig gewesen, und die Türme Erzerums wurden nicht sichtbar - gelangte die kleine Karawane an eine jener gefährlichen Stellen der verwahrlosten Landstrasse, die in kürzester Kurve vor einem Abgrunde flüchten. Die Kamele schritten sicher und besonnen um die Schlucht herum. In wenigen Minuten musste die glatte Bahn wieder erreicht sein. - Ein Bruchteil der Zeitspanne, die hierzu nötig gewesen wäre, entschied Mustaphas Schicksal: ein Wirbel, ungeheurer Lärm - sein Fuss wurde

gequetscht, und während das Reittier vor ihm die Schlucht kopfüber hinunterstürzte, packte er mit der einen Hand noch einen halb abgebrochenen kleinen Baum. Schattengleich, eine Wolke von Staub entfesselnd, schoss ein Ungeheuer an seinen fiebrigen Blicken vorüber. In seiner Todesangst schmeckte er Benzingeruch. Eines der wenigen nur von Europäern benutzten Lastautos, die seit kurzem von Russland aus auf der Strasse verkehrten, hatte in der Kurve nicht abgebremst - die Insassen dachten auch gar nicht daran, wegen eines angefahrenen kleinen Transportes ihre kostbare Zeit zu verlieren. Der Motor blieb noch eine Weile zu hören.

Der Kameltreiber versuchte, an der steinigen Wand emporzuklimmen - urplötzlich flimmerten ineinander wirbelnde Sterne, die doch vorher gar nicht den Nebel durchleuchtet hatten, vor seinen Augen: er stürzte, verlor die Besinnung, spürte nicht, dass ihn die Äste eines auf abgerutschtem Boden wuchernden Gestrüpps auffingen und ihm dabei doch ein Arm und ein Bein zerschmetterte wurden, aich nicht, wie Stunden später die zum Morgen für die Ausbesserung bestellten Arbeiter an langen Seilen in die Schlucht hinunterstiegen, um mit der Aufschaukelung des abgerutschten Gerölls zu beginnen. Natürlich sollte die ganze Strasse ausgebessert werden - ein türkisches Verkehrsamt hatte sich der Sache angenommen und zwei ganze Moslems mit solch ehrenvollem Auftrag betraut, ohne selbst das Gelände in Augenschein zu nehmen. Die zwei Leute schaufelten - seit Wochen. Nun fanden sie Mustapha mit gebrochenen Gliedern im Gestrüpp, riefen Allah zum Zeugen für das furchtbare Unglück an, beteten ein Dutzend Suren und schafften den Verunglückten unter Aufbietung aller Kräfte auf einer schnell aus ihren Spaten gefertigten Bahre langsam vom Fleck.

Mehrere Stunden wanden sie sich auf gefahrvollen Wegen bis nach der grossen Strasse empor, jede Minute ihr eigenes Leben unbekümmert aufs Spiel setzend. In ihrer Hütte wandten sie alles auf, um den Treiber ins Leben zurückzurufen. Sie fanden auf seiner Brust den Beutel mit Perlen. Sofort verkrochen sie sich im entferntesten Winkel ihrer Behausung. Flüsternd bewunderten sie den in ihren Händen glänzenden Reichtum. Mühsam entzifferten sie den Brief des Trapezunter an den Teheraner Kaufherrn und beratschlagten über Mittel und Wege, des Schatzes gefahrlos habhaft zu werden . . . Ein Stöhnen schreckte sie auf. Eiligst verbargen sie ihre Beute unter einem Sitzkissen. Einer der Lebensretter brachte dem Schwerkranken Wasser. Aufs neue fiel der in Betäubung und störte ihre Beratung nicht mehr. Später holten sie mit grösstem Bedacht den Heilkundigen des Dorfes, und nach etwa drei Tagen sprach der Kranke unter grossen Anstrengungen halbklare Worte.

Unterdessen liess sich der eine Arbeiter von einem Obrigkeitsschreiber einen zierlichen Brief anfertigen, entrichtete für dieses Kunstwerk seinen gesamten Lohn, beschaffte aus dem Basar nach vielem Feilschen ein Seidentuch und hinterlies beides am Morgen vor seinem und seines Gefährten Aufbruch zur Tagesarbeit - die nunmehr lediglich in erregten Disputen bestand - , nach einer für den Kranken erholungsreichen Nacht, am Lager des Kameltreibers.

Mustapha fand, erwachend, in erreichbarer Nähe Brot, Wein und Früchte, blinzelte ins ungewohnte Licht und versuchte vergeblich, seine Erinnerungen aneinanderzureihen. Arm und Bein schmerzten ihn ungeheuer in den Bastbinden. Wieder blickte er in der fremdartigen Hütte umher. - Da - seine Hand tastete nach dem Polster und hob einen verklebten Brief auf. Mühevoll entzifferte er seinen Namen, wog das leichte Schreiben in der Hand und öffnete es endlich mit den Zähnen - ein Seidentuch? Was hatte er verbrochen?

"Dieses sendet Dir, ungetreuer Mustapha, der Du mein Gut so wenig zu bewahren verstehst und - Allah wird es wissen! - wahrscheinlich sogar vergeudet hast, Dein Herr Achmed-Bej!"

Der Kranke starrte auf das Schreiben. Das Denken wollte ihm nicht gehorchen - seine Hand tastete unter das Hemd. "Die Perlen", stöhnte er.

Stunden lag der Treiber reglos grübelnd und in Erinnerungen schürfend. Nichts wurde ihm zum fasslichen Bilde. Dann begann die selbstbereitete Qual

des Türken: mochte die kleinste Bewegung schmerzen, mochten die Wunden brennen, - auf den letzten gesunden Gliedern erhob er sich in langen Zwischenräumen so weit, um eine herabhängende Troddel mit dem Seidentuche zu verbinden, schlang den Schal um den Hals, schlug einen Knoten und liess sich fallen...

Vor dem nächsten Morgen wagten sich die Arbeiter nicht in die Hütte zurück. Sie fanden Mustapha, den Wanderer auf der ewigen Strasse der Suren, durch sich selbst erhängt - wie sie es gewünscht hatten.

In den Bazaren Stambuls erzählen sich bärtige Leute seit Jahren diese Geschichte und deuten dabei heimlich nach dem Stande der beiden reichsten Juweliere der Stadt, von denen man noch niemals einen bei Tage oder bei Nacht allein gesehen hat.....

Walter Anatole Persich.

Bei den Höhlenbewohnern.^x

SPD. Granada - das ist die Alhambra, die sich auf dem Cerro del Sol im Osten der Stadt erhebt, von allen Seiten isoliert, von den arabischen Herrschern aus dem Geschlechte der Nazariden erbaut. Man gelangt nach ihr auf dem schattigen Wege der Alamada an den Toren der Gerechtigkeit und des Weines vorbei. Granada ist die Alhambra, das maurische Wunderwerk mit dem Löwen- und dem Myrthenhof und den herrlichen Sälen der Könige und der Gesandten. Granada sind die Gärten des Generalife, der Sommerresidenz der Sultane auf dem höchsten Punkte des Cerro del Sol, mit sonnigen Terrassen, schattigen Laubengängen, rieselnden Wässern und dunklen Zypressen. Aber die Alhambra ist mehr als ein Denkmal aus den Zeiten der maurischen Herrschaft in Europa; sie ist eine Erinnerung an die Zeit, in der Andalusien und Granada wohlhabend waren, die Landwirtschaft, der Handel und die Kunst in Blüte standen. Der afrikanische Feudalismus war für die Volksmasse günstiger als der spätere spanische, der räuberischer und verständnisloser vorging und das Land verarmen liess. So stark war der Einfluss jener arabischen Herrschaft in Spanien, dass man im ganzen Süden, auch heute noch trotz Republik und Aufklärung, den Eindruck gewinnt, dass man im Orient sei. Und nicht nur der äussere Anblick der Strassen und Gässchen erweckt diesen Eindruck, sondern, und vor allen Dingen, die soziale Struktur, die eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der nordafrikanischen Stämme aufweist. Hier wie dort die grosse Masse des ungebildeten Volkes, von dem weit mehr als die Hälfte nicht lesen und schreiben kann, und eine dünne Oberschicht reicher Latifundienbesitzer und wohlhabender Kaufleute. Vom Proletariat kann hier nur bei einem geringen Teil der Einwohnerschaft die Rede sein; der überwiegende Prozentsatz wäre, nach Marx, zum Lumpenproletariat zu zählen.

Doch selbst die Alhambra und die Gärten des Generalife verblassen rasch in der Erinnerung bei einem Gange durch die Stadt. Die Kunstgeschichte wird von der Politik abgelöst, ob man will oder nicht, und nur blindwütige Baedeker-Reisende können vor lauter Alhambra die grenzenlose Armut übersehen, die in dieser Stadt zu Hause ist. Scharen verwahrloster Kinder treiben sich in den Strassen herum, überfallen jeden, der etwas besser angezogen ist, und bitten um eine kleine Münze. Sie gehen in die Kaffeehäuser, legen vertraulich die Hände auf die Arme der Gäste und verlangen ein paar Centimos. Oft werden sie von ihren Müttern zum Betteln ausgeschickt und müssen das jüngste Baby mitnehmen, um mehr Mitleid zu erwecken. Man könnte beinahe meinen, dass diese zähen Bettlerkinder ein System, eine Organisation haben. Aber nicht allein Kinder, sondern auch ungepflegte Frauen, bärtige und verkommen aussehende Männer, Zeitungsjungen - alle verlangen sie Geld und erwarten, dass man es ihnen gibt. Das Betteln ist hier ein Beruf; man sieht nichts Erniedrigendes darin, und man gelangt nur langsam zum Klassenbewusstsein und zu anderen Kampfesmitteln.

Gewiss hat die Union General de Trabajo (Gewerkschaft) nach der Proklamierung der Republik auch in Granada mehr Anhänger gefunden als früher, aber die äusserste Not der Einwohner bedingt es, dass sie mehr zum Anarchismus neigen, und die Confederation National de Trabajo, die anarchistisch-syndikalistische Organisation, hat hier eine stärkere Anhängerschaft.

Was kann die junge und an Geldmitteln so arme Republik gegen diese schreckliche Not der Volksmassen, besonders in diesem Landesteile, unternehmen? Es gibt kein Mittel, den passiven Widerstand der reichen Latifundienbesitzer zu brechen, die gleich den reichen Industriellen Kataloniens das Land verlassen haben, um draussen abzuwarten, wie sich die Revolution weiter entwickeln wird. Die Peseta fällt andauernd; die allgemeine Wirtschaftskrise verstärkt noch das Elend, und die Republik muss die Sünden der Monarchie und der Diktatur teuer bezahlen. Radikale Massnahmen zu ergreifen, zum Beispiel eine absolute Enteignung des Bodens, können selbst die Sozialisten in der Regierung nicht beantragen, denn sie haben nicht die genügende Macht, um derartige revolutionäre Massnahmen durchzusetzen. So werden dauernd Versuche gemacht, die Lage der Massen durch Reformen zu lindern. Doch die unmittelbare Not ist allzu gross, und die Streik- und Aufstandsbewegung nimmt, besonders in Andalusien, immer mehr zu. Als ich nach Granada kam, war gerade ein Streik beendet. Ich sah noch einen Trupp junger Arbeiter singend durch die Strassen ziehen, von zwei Polizisten mit Karabinern begleitet. Sie sangen, und ich verstand nicht, was sie sangen, aber ich wusste, was sie meinten. Rhythmus und Melodie waren mir wohlbekannt. Es ist immer dasselbe Lied von Arbeit, Brot und Freiheit.

Eine reizvolle Stadt ist Granada. Gleich einer aufgeschnittenen Apfelsinenschale zerfällt sie in vier Teile um den Cerro del Sol, auf dem die Alhambra steht. Der südliche Teil wächst in die Ebene hinaus; der nördliche, durch den "Fluss" Darro von der übrigen Stadt getrennt, breitet sich an den sonnigen Hängen des hügeligen Vorgebirges aus. Er wird die Alcazaba Cadima genannt. Hier hat sich die alte maurische Stadt erhoben, in der sich die Araber nach der Uebergabe von Granada an die christlichen Eroberer ansiedelten. Sie wurden zur Zeit Philipps II. niedergemetzelt, angeblich, weil sie sich nicht zum Christentum bekehren wollten, aber wohl eher, weil sie den Anfang eines Bürgertums darstellten, das dem Feudalismus Spaniens gefährlich werden konnte und das man ebenso radikal bekämpfte wie etwa später das jüdische handelreibende Bürgertum und jede freigeistige Bewegung. Von der Alhambra aus gesehen, bietet dieser Stadtteil mit den zahlreichen Patios, in denen Palmen stehen, den schönsten Anblick dar: die weissen Würfel der Häuser, halb im Grünen versteckt und terrassenförmig aufsteigend an den sonnigen Hängen der Hügel, versprechen von weitem Märchen aus "Tausend und einer Nacht". In Wirklichkeit erstarrt alles in Schmutz, vegetiert alles in der grössten Armut und jämmerlichsten Primitivität. Höhlen, die von der Alhambra aus zu sehen waren, die aber niemand für Wohnungen gehalten hätte, entpuppen sich als menschliche Behausungen. Es sind Löcher, die in den Berg gegraben sind, ohne Fenster, ohne Licht, ohne Rauchabzug, ohne Fussboden und Wandbekleidung. Draussen leuchtet der strahlendste Sonnenschein, und in diesen Höhlen ist es dunkel, feucht und übelriechend. Der Unrat in den engen Gassen türmt sich zu Haufen. Schmutzige Kinder spielen vor den Eingängen zu den Höhlen. Kleine Mädchen versprechen mit laszivem Lächeln einen Tanz. Männer flehen einen um Geld oder auch Zigaretten an. Diese Leute sind "Zigeuner", sagt man mir verächtlich in der Stadt. Aber diese Zigeuner sind hier ansässig, sind sicherlich Spanier geworden, sind Menschen.

Granada ist eins der schönsten Fleckchen Erde. Tief unten liegt weiss die Stadt; auf dem grünen Cerro del Sol erhebt sich rötlichgelb die Alhambra; durch den ausgetrockneten Darro werden schreiende Esel getrieben; im Osten ragen die Schneeberge der Sierra Nevada empor. Es fehlt nichts, ausser - ein

menschliches Dasein für die Menschen, die diesen Fleck Erde bewohnen. Und viel Zeit und Arbeit ist vonnöten, damit es anders wird und die Spuren der feudalen Herrschaft, der Inquisition, der Versklavung der Massen verschwinden.

Sophie Kramstyk.

Ein Frühlingsbaum erzählt.^x

SPD. Jeder Baum und Busch erzählt durch seine Gestalt seine Lebensverhältnisse, und es ist ein eigenes Vergnügen, auf dem Spaziergang durch den Park sich so Schicksale erzählen zu lassen und Gestaltungen zu prüfen. Rasch lernt man aus solcher lebendigen Botanik, dass nicht alle Gewächse, nicht einmal alle Individuen der gleichen Art in gleicher Weise lichtempfindlich sind. Da steht eine Buche frei, als Alleinherrscher im freien Revier des Blumengartens. Es ist die richtige vollkronige Kugelbuche, denn wie ein Riesenball nach allen Seiten gleichmässig wölbt sich ihre Krone über den Stamm, und die Blätter nehmen so ziemlich alle Stellungen ein, abgesehen davon, dass sie stets mit der Oberseite zum Himmel blicken. Auch an diesem Baum erhält die Süd- und Westseite um ein Vielfaches mehr an Sonnenlicht als die Nordseite. Trotzdem kümmern sich weder Blattstellung noch Astgestaltung darum. Anders ist's im hinteren Teile des Gartens, wo der Park schon fast in den Wald übergeht. Dort gibt es schattige, dämmerige Winkel mit Buchen, die schon im Wuchse zarter, in der Blattfarbe heller, im ganzen weniger robust anmuten als der alleinstehende Lichtbaum. Und an solchen Schattenbäumen sieht man mit Rührung eine wunderbare Erscheinung. Wagerecht steht da an den tiefliegenden Zweigen Blatt um Blatt. Es ist, als blickten sie alle sehnsüchtig zum Himmel hinauf, um keinen seiner Energie spendenden Strahlen zu verlieren. Wenn wir einen solchen Schattenzweig näher betrachten, dann ergibt sich, dass sogar die Blattstiele in oft sehr unnatürlichen Verkrümmungen gewachsen sind, damit nicht noch ein Blatt das andre verdecke, sondern alle etwas vom Lichte abbekommen.

Kehren wir am sonnigen Morgen zu dem Baume zurück, so entdeckt man an ihm Wunder um Wunder. Nicht ein einziger ungebrochener Sonnenstrahl spielt am Boden. Nur blosse Kringel tanzen wie Geistchen im feuchten Schatten. Sie stammen von versprengten gebrochenen Strahlen, die auf Umwegen durch Ritzen der Laubdecke huschen konnten. Trotzdem weist die Belaubung des untersten Astes handbreite, ja, noch grössere Lücken auf. Aber sie sind gerade dort, wo in der höheren Aststockwerk das Laub lückenlos aneinander schliesst. Auf diese Weise ergänzen sich Ast um Ast. Manchmal schiebt erst mehrere Meter tiefer ein ganz mühsam verkrümmter Blattstiel sein grünes Scheibchen in eine winzige Lücke, die nur einem Blatte Licht zuwirft. Stets aber ergänzt sich der Lichtquelle gegenüber das gesamte Laubwerk eines solchen Schattenbaumes zu einer lückenlosen lichtauffangenden Fläche, deren einzelne Bruchstücke, nämlich die Blätter, wie die Steinchen eines Mosaiks anmuten.

Ist die Lichtnot sehr gross, dann kann sich sogar die Belaubung eines einzelnen Sprosses zu einem Mosaik zusammenfinden. In der Stube kann man das an üppig wucherndem Efeu da und dort beobachten und wird dann belehrt, dass nicht nur die Baumgestalt, sondern auch die Blattgestalt eine Lichtanpassung sei. Denn man sieht deutlich, dass die eigentümlichen Lappen des Efeublattes zueinander passen, wie sich da Vorsprung in Einbuchtung schmiegt und die scheinbare Willkür der Blattgestalt ihren tiefen Sinn aus lebendigem Bedürfnis heraus findet.

Dieser Zusammenhang zwischen dem Lichtbedürfnis der Pflanze und der Baumgestalt, der Zweig- und Blattstellung und der Blattgestaltung ist dem Naturfreund im Garten ein unerschöpfliches Studienmaterial. Dr. R. Francé.

Der Kuss der Muse.^X

SPD. Im alten K. und K. Oesterreich-Ungarn spielten die Polen eine bedeutende Rolle im politisch-parlamentarischen Leben. Zehn Jahre lang gehörte der polnische Abgeordnete Abramovicz dem Präsidium des österreichischen Reichsrats an. Als die zehn Jahre verstrichen waren, wollte der Polenklub dieses Jubiläum gebührend feiern und veranstaltete zu Ehren des Jubilars ein Festbankett. Ein polnischer Abgeordneter, von dem bekannt war, dass er sich nie auf eine Rede vorbereitet und deshalb immer vom hundertsten ins tausendste kam, hatte die Festrede übernommen. Voller Würde erhob er sich von der Tafel und begann:

"Ich muss meiner Rede ein Geständnis vorausschicken: Zu Ehren des heutigen Tages habe ich nämlich etwas getan, was in meiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit noch nie vorgekommen ist. Ich habe mich auf meine Rede vorbereitet. Als ich zu Hause an meinem Schreibtische sass, um die Bankettrede zu konzipieren, da fiel mir ein, dass ich mich schon einmal in meinem Leben auf eine Rede vorbereitet habe. Das war, als ich noch auf den Bänken des Gymnasiums sass. Und weil ich nun schon vom Gymnasium spreche, möchte ich gleich erzählen, was uns damals ein Lehrer von den Athenern gesagt hat.

Wir behandelten im Unterrichte die Kunst der alten Griechen, und da erzählte unser Lehrer: Wenn im alten Athen ein Knäblein geboren wurde und die Muse küsste es in der Wiege auf die Stirne, dann wurde aus dem Knäblein ein Philosoph oder ein Dichter. Küsste die Muse das Knäblein auf das Ohr, dann wurde aus dem jungen Weltbürger ein Musiker. Wenn aber die Muse das Knäb ein auf die Hände geküsst hatte, dann entwickelte es sich zu einem Bildhauer."

"Du, lieber Freund", wandte sich der Redner nun an den Jubilar, "Du sitzt schon zehn Jahre auf dem Präsidentenstuhl des österreichischen Reichsrats. Wohin mag Dich die Muse geküsst haben?"...

SPD. Das Flugzeug als Bakterienträger.^X Schon mehrfach ist die Vermutung geäußert worden, dass Flugzeuge unter Umständen als Verbreiter von Seuchen und Krankheiten zu betrachten seien. Diese für die Volksgesundheit äußerst bedeutsame Frage wurde kürzlich ausführlich von Dr. Massey in einer Zusammenkunft der Gesundheits-Inspektoren Englands behandelt. Bei Notlagen in verseuchten Gebieten können sehr leicht gefährliche Krankheitserreger, wie Pocken-, Pest- und Cholerabazillen, durch das Flugzeug mitgenommen und in bisher gesunde Gegenden gebracht werden. Bei dem sogenannten Gelben Fieber wird mit ziemlicher Sicherheit vermutet, dass es durch Flugzeuge von West- nach dem früher davon freien Ostafrika verschleppt worden ist. In der Versammlung wurde deshalb angeregt, dass die im Flugzeug aus fernen Ländern eintreffenden Reisenden ebenso wie die Fahrgäste bestimmter Seefahrzeuge eine Quarantäne durchzumachen haben.

SPD. Erschöpfende Auskunft.^X "Is das hier der zwanzj Uhr fuffzehn-Zug?"
"Das gann ich Ihnen auch nich saachn."
"Na, Sie als Schdazjonsvorschdeher missdn das doch wissn?"
"Nein. Wir nennen ihn immer bloss dem Abendzug."
